



Sozialticket kommt in Fahrt

Informationen über Initiativen und bestehende Sozialtickets
aktualisierte Auflage

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Inhaltsverzeichnis

Liebe Freundinnen und Freunde	3	4. Welche parlamentarischen und außerparlamentarischen Bündnisse und Initiativen für das Sozialticket bestehen zurzeit?	10
1. Was ist das Sozialticket?	4	a. Verbreitung	10
a. Ausgangssituation	4	b. Akteure und Bündnisse	10
b. Das Modell der Bundestagsfraktion DIE LINKE	4	c. Forderungen der Initiativen	11
c. Unterschiedliche Akteure und Argumente	4	d. Erfolge und Rückschritte	11
2. Welche Sozialticketregelungen gibt es?	6	Resümee	11
a. Verbreitung	6	5. Umsonstfahrinitiativen	12
b. Personenkreis – Anspruchsberechtigte	6	Tabellenanhang	13
c. Ermäßigte Zeitkarten	6	Bestehende Sozialtickets (geordnet nach Stadt, Kreis, Landkreis, Bundesland, Tarifverbünde)	13
d. Ermäßigte Einzel- und Mehrfahrtenkarte	6	Ratsbeschlüsse zur Einführung eines Sozialtickets	27
e. Sozialticket als Bestandteil des Sozialpasses	7	Parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen zur Einführung eines Sozialtickets (geordnet nach Stadt, Kreis, Landkreis, Bundesland, Tarifverbünde)	29
f. Das Bundesland Brandenburg	7	UMSONSTFAHRINITIATIVEN in der Bundesrepublik	53
g. Kostenlos Bus fahren in Ingelheim	7		
Resümee	7		
3. Welche Ratsbeschlüsse für das Sozialticket existieren bereits?	9		

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Ulrich Maurer, MdB, Parlamentarischer
Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Autorinnen: Katrin Kunert, MdB, Sprecherin für Kommunalpoli-
tik, Katja Kipping, MdB, Sprecherin für Sozialpolitik

Redaktion: Petra Brangsch, Corinna Genschel, Henning Obens

Redaktionsschluss: Dezember 2010

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

Liebe Freundinnen und Freunde,



vor einem Jahr versuchten wir mit der Broschüre „Sozialticket kommt in Fahrt“, einen neuen Überblick über die existierenden Sozialtickets und der Sozialticket-Initiativen zu schaffen. Der Überblick ergab 50 städtische Initiativen, 30 in (Land-)Kreisen und fünf in Regionen. Nur ein Jahr später sind es nun 70 Initiativen in Städten, 39 in (Land-)Kreisen und 11 regionale Zusammenschlüsse. Wie erfolgreich eine gemeinsame und beharrliche Auseinandersetzung um ein Sozialticket sein kann, zeigt das kontinuierliche Anwachsen der bestehenden Sozialtickets.

Momentan existieren in 41 Städten, fünf (Land-)Kreisen und dem Bundesland Brandenburg Sozialtickets! Besonders spannend wird der Sommer 2011, wenn im Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) über 1,14 Millionen anspruchsberechtigte Bürgerinnen und Bürger ein Sozialticket für 22,50 € bekommen sollen. Die Einführung des Sozialtickets ist das Ergebnis eines langanhaltenden Kampfes einer Vielzahl von Initiativen, großen und kleinen Verbänden, Gewerkschaften sowie regionalen und überregionalen Bündnissen.

Festzustellen ist: Trotz veränderter Rahmenbedingungen – die kommunale Finanzkrise und ein verstärkter Sozialabbau – bleibt das Sozialticket in Fahrt. Allerdings muss man sich fragen, ob alle hier aufgeführten Sozialtickets diesen Namen wirklich verdienen. Ein kritischer Blick und eine kritische Bewertung dessen sei in jedem Fall angebracht.

Konkretere Informationen über Sozialticketinitiativen und die bestehenden Sozialtickets (Stand Dezember 2011) können Sie den nachfolgenden Ausführungen entnehmen. Wir würden uns freuen, wenn diese Informationen zur weiteren Vernetzung und Motivierung im Kampf für ein Sozialticket beitragen würden. Darüber hinaus wären wir Ihnen dankbar, wenn Sie die Broschüre zum Anlass nehmen, uns neue Informationen über Sozialticketinitiativen, Aktionen und Ergebnisse zukommen zu lassen. Denn mit einiger Sicherheit wird es bereits mit der Drucklegung wiederum „Neues über bzw. aus Sozialticketinitiativen“ geben.

So erreichte uns nach Redaktionsschluss die Nachricht, dass es im Fall des VRR Ticket gravierende Verschlechterungen geben soll. Ursprünglich sollte das Sozialticket als Monatsticket für den Verbund Rhein Ruhr zum 1. Juni 2011 in Kraft treten. Nun soll es statt bezahlbaren Monatsmarken aus Kostengründen lediglich „mehrere Tagestickets beziehungsweise 4-er-Tickets“ geben.

Mit solidarischen Grüßen

Katrin Kunert und

Katja Kipping

1. Was ist das Sozialticket?

a. Ausgangssituation

Das Sozialticket ist eine Ermäßigung auf Zeitkarten oder Einzelfahrscheine, die nach sozialen Kriterien gewährt wird. Es ist personengebunden und damit nicht übertragbar. Für die Nutzungsberechtigten soll es höchstens die Hälfte des normalen Preises kosten.

Vor allem durch die sogenannte Hartz-IV-Reform verschlechtert sich die Lage der Bürgerinnen und Bürger fortlaufend, die auf Transferleistungen angewiesen sind. Im SGB II sind derzeit für einen Einpersonenhaushalt 18,41 € pro Monat im Regelleistungssatz für den Nahverkehr veranschlagt (ab 1. Januar 2011). In Deutschland kostet eine Monatskarte aber sehr häufig ein Vielfaches. Als eine unmittelbare Folge dessen hat die Forderung nach dem Sozialticket neue Impulse erhalten. Bestrebungen für Ermäßigungen nach sozialen Kriterien gab es aber schon nach dem Ersten Weltkrieg.

Das politische Ringen für das Sozialticket ist dabei kein unumkehrbarer oder endgültiger Prozess. Das durch viel Engagement erstrittene Sozialticket in Dortmund kostet nun 30 € statt 15 €. Dies wird mit einer „Kostenexplosion“ begründet, die ihrerseits durch eine ungünstige Regelung zwischen Stadt und Verkehrsbetrieben entstanden ist. Das Dortmunder Sozialforum bemüht sich aktuell, die Zahlen der Verkehrsbetriebe zu überprüfen.

Momentan sind einige Beispiele zu verzeichnen, die als „Sozialticket-light“ bezeichnet werden können. Dabei werden lediglich begrenzte Zuschüsse zu regulären Tickets gewährt. Diese Modelle existieren beispielsweise in Dresden, Hamburg, Kassel, Kaiserslautern, Mainz und Wiesbaden.

b. Das Modell der Bundestagsfraktion DIE LINKE

DIE LINKE vertritt die Auffassung, dass das Sozialticket Mobilität für alle sichern, Ausgrenzung verhindern und für Jeden bezahlbar sein muss. Dies in Rechnung stellend, muss das Modell des Sozialtickets folgenden Kriterien genügen:

- der Preis darf nicht höher als die im Regelleistungssatz des SGB II veranschlagte Summe für Nahverkehrsleistungen sein,
- Ausgestaltung als gleitende Zeitkarten oder Einzelfahrscheine,
- unbürokratische und nichtstigmatisierende Ausgabe,
- ein Adressatenkreis, der sich am Nettoeinkommen – d.h. Menschen mit geringem Einkommen bzw. die Transferleistungen beziehen – orientiert.

Bei Regelungen, die diesen eindeutigen Leistungsmerkmalen des Sozialtickets nicht entsprechen, sollte lediglich von einer „Sozialticketregelung“ gesprochen werden.

c. Unterschiedliche Akteure und Argumente

So unterschiedlich die bestehenden Sozialticketregelungen sind, so verschieden ist auch die Herkunft seiner BefürworterInnen und VerfechterInnen. Vor allem politisch linke Einzelpersonen und Gruppen setzen sich dafür ein, die Mobilität von Menschen mit geringem Einkommen zu verbessern beziehungsweise zu erhalten. Sie haben das Thema „Sozialticket“ auf die aktuelle politische Agenda gesetzt und initiieren in der Mehrzahl der Fälle seine Umsetzung.

Es gibt aber auch andere Beispiele: Die Koalition unter der CDU im Stadtstaat Hamburg führte im Jahr 2009 eine Sozialticketregelung ein – nachdem die damals alleinregierende CDU eine bereits bestehende Regelung im Jahr 2003 abgeschafft hatte. Die FDP im saarländischen Landtag kündigte im Mai 2008 eine Anfrage zur landesweiten Einführung des Sozialtickets und einen entsprechenden Antrag im Landtag an. In einem Fall ist bekannt, dass die rechtsextreme NPD die Forderung nach dem Sozialticket übernommen hat. Im sächsischen Landkreis Leipzig hat sich die NPD im April 2009 bei grundsätzlicher Zustimmung dagegen ausgesprochen, dass AsylbewerberInnen das Sozialticket erhalten – diese Regelung ist Bestandteil einer Sozialticketinitiative der LINKEN., SPD und Bündnis 90/Grüne im Landkreis Leipzig.

Neben den Akteuren und Akteursgruppen sind auch die Argumente unterschiedlich, mit denen für das Sozialticket gerungen wird. Auf den ersten Blick scheinen vor allem soziale Aspekte für das Sozialticket zu sprechen. Darüber hinaus argumentieren die verschiedenen Akteure in der politischen Diskussion auch mit ökonomischen und ökologischen Gründen für das Sozialticket. Die ökonomischen Argumente gewinnen dann an Bedeutung, wenn es um die Auswirkung des Sozialtickets auf die jeweiligen Verwaltungshaushalte geht. Der ökologische Aspekt, der sicher in der Zukunft eine größere Rolle spielen wird, kommt vor allem dann zum Tragen, wenn es um den Vorrang des öffentlichen Nahverkehrs gegenüber dem motorisierten individuellen und Schwerlastverkehr geht.

Unabhängig aller Unterschiede hinsichtlich der Akteure, Akteursgruppen und Argumente für das Sozialticket ist klar: Ohne entsprechende kommunal- und regionalpolitische parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen kann das Sozialticket nicht durchgesetzt und erhalten werden. Das Sozialticket muss von „unten“ eingefordert werden. Die „Initiative für die Einführung eines Sozialtickets in Dortmund“ formulierte beispielsweise: „Ohne den beharrlichen

Druck von außen (...), ohne die ständige Thematisierung der unzureichenden Mobilitätsvoraussetzungen und der seit Hartz-IV rapide gewachsenen Armut in dieser Stadt, hätte es auch dieses 15 €-Ticket nicht gegeben.“

Hinzugefügt werden muss, dass der Teufel häufig im Detail liegt und die Initiativen bei der Aushandlung des Sozialtickets genau hinschauen müssen. Eine der Kernfragen der Auseinandersetzungen um die Einführung und für den Fortbestand von Sozialtickets ist die Frage der Finanzierung. Um die Kosten zu ermitteln, werden von Politik, Verwaltung und öffentlichen Unternehmen Studien in Auftrag geben. Von den Ergebnissen dieser Studien hängen unmittelbar politische und finanzielle Entscheidungen der Abgeordneten in den Stadtparlamenten ab. Eine von der Fraktion DIE LINKE im Bundestag in Auftrag gegebene Arbeit überprüft kritisch diese Studien und gibt Argumentationshilfen für den Umgang mit ihnen.

<http://dokumente.linksfraktion.de/download/7725012789.pdf>

2. Welche Sozialticketregelungen gibt es?

a. Verbreitung

Aktuell gibt es in wenigstens 41 Städten, fünf Kreisen bzw. Landkreisen und im Bundesland Brandenburg eine Sozialticketregelung. Dazu kommt ab Sommer 2011 das Sozialticket im VRR (Verkehrsbetrieb Rhein-Ruhr) mit 1,14 Millionen Anspruchsberechtigten.

b. Personenkreis – Anspruchsberechtigte

Die Möglichkeit von Bürgerinnen und Bürgern, die jeweilige Sozialticketregelung in Anspruch nehmen zu können, wird in der Regel an deren Bezug von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG gekoppelt.

Eine Ausnahme bilden die Städte Heidelberg, Tübingen, Frankfurt/Main und der Landkreis Harz. Dort gelten Sozialticketregelungen, welche die Höhe des Haushaltseinkommens und die Personenanzahl an eine Bezugsberechtigung zum Erwerb des Sozialtickets koppeln.

In Pforzheim gilt für Sozialticketberechtigte eine Vermögensgrenze von 13.000 € (bzw. 26.000 € bei Familien). Wer diese Grenze überschreitet, kann keine vergünstigten Tickets kaufen.

In den Städten Erfurt, Greifswald, Köln, Leipzig und Stuttgart wird neben dem Bezug von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG zusätzlich das Einkommen zur Ermittlung der Berechtigung auf ein Sozialticket hinzugezogen. In den Städten Erfurt und Köln sind demnach auch BezieherrInnen von niedrigem Einkommen, das bis zu 10% über dem Sozialleistungsregelsatz liegt, berechtigt, das Sozialticket in Anspruch zu nehmen. In der Stadt Stuttgart gilt eine ähnliche Regelung für sogenannte „Schwellenhaushalte“. In der Stadt Leipzig können neben ALG-II-Beziehenden, auch Menschen mit geringem Einkommen oder einer geringen Rente das Sozialticket nutzen (150% des Eckregelsatzes, gestaffelt nach Haushaltsgröße).

Die Stadt Greifswald legt die Pfändungsfreigrenze als Bemessungsgrundlage an, außerdem sind dort Studentinnen und Studenten berechtigt, die Sozialticketregelung zu nutzen. Für die Stadt Heidelberg gelten zusätzlich folgende monatlichen Nettoeinkommensgrenzen für den Sozialpass – und damit für die Ermäßigung im Nahverkehr nach sozialen Kriterien:

- Alleinstehende Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahre sowie Rentnerinnen und Rentner 1.215 €,
- Zwei-Personenhaushalte 1.600 €,
- Drei-Personenhaushalte 1.985 €,
- Vier-Personenhaushalte 2.375 € usw.

Im Landkreis Harz gilt zusätzlich für Ein-Personenhaushalte eine Einkommensgrenze von 899 € und für Drei-Personenhaushalte 1.487,30 € usw.

c. Ermäßigte Zeitkarten

Die bestehenden Sozialticketregelungen sind vor allem Zeitkarten, die monatsweise gelten. Solche Sozialtickets gibt es in 25 Städten (Aachen, Aschaffenburg, Bensheim, Berlin, Bonn, Braunschweig, Bremen, Dortmund, Erfurt, Frankfurt/Main, Gießen, Greifswald, Hamburg, Jena, Karlsruhe, Leipzig, Mainz, München, Münster, Nürnberg, Stuttgart, Tübingen, Weimar, Wiesbaden, Wolfsburg). Sowie in den (Land-) Kreisen Düren, Unna, Dahme-Spreewald, Harz, und Teltow-Fläming sowie im Bundesland Brandenburg und ab Sommer 2011 auch für Städte des Tarifgebiets der Verkehrsbetriebe Rhein-Ruhr (VRR).

Überwiegend werden dabei 50% vom Normalpreis berechnet. In Bad Homburg und Braunschweig sogar 75%. In einigen Städten werden jedoch lediglich Zuschüsse zu den Normalpreisen gezahlt (in Hamburg, Bremen, Detmold).

Das „Berlin-Ticket S“ wurde durch einen Beschluss des Rot-Roten-Senats im Jahr 2007 von der allgemeinen Tarifierhöhung abgekoppelt. Während in der Regel in allen anderen Städten und Regionen bei Tarifierhöhungen im ÖPNV der Preis für das Sozialticket ebenfalls steigt, bleibt der Preis für das Berliner Sozialticket stabil.

Der Preis für die bestehenden Sozialtickets, die monatsweise gelten, bewegt sich zwischen 12 € (Stadt Braunschweig) und 50,40 € (Stadt Mainz). Ein vergleichsweise preisgünstiges Sozialticket gibt es in den Städten Detmold (19 €), Wolfsburg, (15 €), Erfurt (25 €), München (22,90 €) und in den Kreisen Düren, Unna (je 15 €). Vergleichsweise teuer ist das Sozialticket in den Städten Frankfurt/Main (~ 44 €), Hamburg (38 - 61 €) und Wiesbaden (45,95 €).

d. Ermäßigte Einzel- und Mehrfahrtenkarte

Ein Sozialticket als Einzel- und Mehrfahrtenkarte gibt es mittlerweile in zehn (2009=6) Städten (Dresden, Greifswald, Hannover, Heidelberg, Jena, Köln, Konstanz, Luckenwalde, Rostock, Tübingen) sowie in den Landkreisen Harz, Düren und in der Region Hannover.

In Jena, Köln, Luckenwalde, Tübingen und Greifswald sind diese Einzelfahrscheine ein Zusatzangebot zu regulären Sozialtickets. Sie stellen eine sinnvolle Ergänzung für Bezugsberechtigte dar, die eher selten den ÖPNV nutzen. Die Preise für Einzel- oder Mehrfahrentickets sind relativ moderat:

In Jena kostet eine Einzelfahrt: 0,85 € (1,70 € Normalpreis) und eine Wochenkarte 7,80 € (NP: 15,60 €). In Köln kostet eine 4-Fahrten-Karte 4,60 € (NP: 8,60 €). In Luckenwalde kostet eine Einzelfahrt nur 0,30 €. Für Tübingen gibt es eine 4-Fahrten-Karte zum Preis von 4 € (NP: 6,80 €). Der Greifswalder „Kultur- und Sozialpass“ (KUS) ermöglicht die Nutzung ermäßigter 6-Fahrtenkarten im städtischen Busverkehr. Diese Karte kostet 6 € (NP: 7,50 €). Die Spanne der Vergünstigungen von Einzel- und Mehrfahrentickets ist also groß und liegt zwischen 50% (Jena, Köln, Luckenwalde) und 20% in Greifswald.

In den Städten Hannover, Rostock, Konstanz und Heidelberg gelten die Sozialticket nur in Verbindung mit dem jeweiligen Sozialpass.

In Hannover und Dresden existiert ein Wertmarkensystem, welches von der Stadt teilsubventioniert wird und zum Erwerb von Einzelfahrausweisen berechtigt (in Dresden auch für eine leicht reduzierte Monatskarte). Die 4-Fahrten-Karte in Dresden kostet nach Erwerb der Wertmarke 4,50 € (NP: 7,60 €). Hannover bietet mit den Wertmarken vergünstigte Tagestickets an: 2-Zonen-Karte 2,90 € (NP: 5,40 €).

Der „Heidelberg-Pass“ bietet ein Sozialticket als Einzelfahrschein und Mehrfahrtenkarte (umfasst fünf Einzelfahrschein) an. Die Inhaber des Sozialpasses „Heidelberg-Pass“ können einen ermäßigten Kinder tarif in Anspruch nehmen. Anspruchsberechtigt sind Bürgerinnen und Bürger, die Leistungen nach SGB II oder SGB XII beziehen sowie Lebensgemeinschaften mit kindergeldberechtigten Kindern, Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahren und Rentnerinnen und Rentner. Auch Bedarfsgemeinschaften mit folgendem monatlichen Nettoeinkommen können den „Heidelberg-Pass“ beantragen:

- Alleinstehende Bürgerinnen und Bürger ab 65 Jahre sowie Rentnerinnen und Rentner 1.215 €,
- Zwei-Personenhaushalte 1.600 €,
- Drei-Personenhaushalte 1.985 € usw.

Die Einzelfahrt mit der ermäßigten Mehrfahrtenkarte kostet in Heidelberg für InhaberInnen des „Heidelberg-Pass“ 1,30 € – dies ist im Vergleich zur regulären Mehrfahrtenkarte (1,90 €) eine Ersparnis von ca. einem Drittel.

In der Stadt Konstanz kostet eine ermäßigte Fahrt mit dem Bus 1,- € und das ermäßigte Kombiticket für Bus und Fähre 2,20 €. In Rostock gibt es neben der Einzelfahrkarte für 1,20 € auch eine ermäßigte Tageskarte zum Preis von 3,20 €.

e. Sozialticket als Bestandteil des Sozialpasses

Viele Initiativen ringen für ein Sozialticket in Verbindung mit einem Sozialpass, der zum Teil bereits

existiert. Beispiele sind die Städte Castrop-Rauxel, Duisburg, Freiburg, Lüneburg, Mannheim, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Oberhausen, Plochingen, Schweinfurt, Suhl, Weiden und Wuppertal.

f. Das Bundesland Brandenburg

Brandenburg ist das bisher einzige Bundesland in Deutschland, das ein flächendeckendes Sozialticket eingeführt hat. Die Regelung gilt seit September 2008 und wird vom Land mit 2,3 Mio. € jährlich bezuschusst.

Ein Volksbegehren mit einer Kampagne unter dem Slogan: „Ja zum Sozialticket“ sorgte für den notwendigen politischen Druck gegenüber der Landesregierung aus SPD und CDU. Das Volksbegehren hatte ein breites Bündnis aus Verbänden, Gewerkschaften und Parteien initiiert.

Das Sozialticket in Brandenburg ist an den Bezug von Leistungen nach SGB II, SGB XII oder dem AsylbLG gebunden. Damit können 400.000 Bürgerinnen und Bürger in Brandenburg das Sozialticket nutzen. Bis zum April 2009 verkaufte der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) 17.756 Sozialtickets – den überwiegenden Teil davon in den Städten Potsdam (7.815), Frankfurt/Oder (1.826) und im Kreis Barnim (1.104).

Das Sozialticket in Brandenburg ist in mehrere Tarifzonen unterteilt. In den Städten Brandenburg/Havel, Frankfurt/Oder, Cottbus und Eberswalde gilt ein ABC-Tarif mit den Preisstufen 18,20 €; 20,30 € und 27,50 €. In der Stadt Potsdam gilt ein ähnlicher ABC-Tarif, wobei der Grundtarif 17,50 € beträgt. Außerhalb dieser Städte gilt in Brandenburg ein Waben-Tarif (bis zwei Waben 20,30 €, bis vier Waben 27,50 €, bis sechs Waben 37,70 €) und ein Landkreis-Tarif (ein Landkreis 38,70 €, zwei Landkreise 43,80 €, drei Landkreise 64,20 €).

Der Stadtstaat Berlin, inmitten von Brandenburg gelegen, ist nicht in diese Regelung eingebunden. Berlin hat eine separate Sozialticketregelung.

g. Kostenlos Bus fahren in Ingelheim

Ein Sonderfall in Deutschland ist die Stadt Ingelheim. Dort dürfen Inhaber des Sozialausweises den Stadtbus kostenlos nutzen. Seit Einführung dieser Regelung im Jahr 1986 verzichtet die Stadt Ingelheim auf die entsprechenden Einnahmen freiwillig.

Resümee

Im Vergleich zu der letzten Übersicht über bestehende Sozialtickets sind mehrere Aspekte interessant. Zunächst wächst die Anzahl der bestehenden Sozialtickets immens. Mit insgesamt 47 bestehenden Sozialticketregelungen ist ein deutlicher Sprung zu 2009 zu verzeichnen. Insbesondere in NRW ist es einer Vielzahl von Initiativen gelungen, das Thema auf

der sozialpolitischen Agenda zu verankern. So sah sich die neue Regierung trotz Sparauflagen genötigt, eine umfassende Lösung für das Tarifgebiet des VRR (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) anzubieten.

In Dortmund gab es einen Rückschlag bei der Einführung eines preiswerten Sozialtickets, die Stadt erhöhte den Preis von 15 € auf 30 €. Dass es dennoch gelungen ist, von Dortmund aus die Popularität eines Sozialtickets in NRW zu erhöhen, ist ein Erfolg der Sozialen Bewegungen, Parteien und Organisationen.

Ein weiterer beachtenswerter Aspekt ist, dass es inzwischen eine Reihe von Sozialticketregelungen gibt, die den eigentlichen Sinn des Sozialtickets verfälschen. In Städten wie Dresden, Hamburg, Kaiserslautern, Kassel, Mainz und Wiesbaden existieren zwar nominell Sozialtickets, es werden jedoch eher kleinere Beträge zur Finanzierung eines Normaltickets durch die Städte hinzugegeben. Der Zuschuss beträgt häufig nur 10-20% der realen Ticketkosten. Natürlich sind auch kleinere Preisnachlässe gut und nötig, jedoch steckt in diesen „Sozialticket-light“ Varianten auch das Problem, dass diese Tickets nur nach Kassenlage subventioniert werden und damit unsicher bleiben. Ein weiteres Problem könnte darin bestehen, dass, wie im Beispiel Kassel, eine soziale Einrichtung ein „Sozialticket“ quasi als „Großkudenticket“ verkauft und sich die Stadt damit aus der Finanzierungsfrage davonstehlen kann.

Deshalb erscheint es sinnvoll, gemeinsam politische Kriterien dafür zu entwickeln, ab wann von einem Sozialticket gesprochen werden kann.

Die zeitweilige Abschaffung des Sozialtickets in den Städten Berlin, Hamburg und Rostock sowie im Landkreis Barnim und die Verteuerung in Dortmund zeigt, dass um die politischen Mehrheiten für das Sozialticket fortwährend gerungen werden muss.

Wirksame Instrumente dafür können lokale Mobilitätsstudien und Evaluationen der bestehenden Regelungen durch Nutzerinnen und Nutzer sein. Sie liefern gute Argumente im politischen Ringen für ein Sozialticket. Folgendes Beispiel verdeutlicht, dass die Einführung einer Sozialticketregelung keine Garantie für einen dauerhaften Bestand ist:

- Die CDU-Regierung im Stadtstaat Hamburg schaffte 2003, als sie die absolute Mehrheit in der Bürgerschaft innehatte, die bestehende Sozialticketregelung ab. Zuvor hatte das Sozialticket in Hamburg 15,50 € pro Monat gekostet. Mit der Bildung einer Koalitionsregierung von CDU und Grünen im Jahr 2008 wurde die Wiedereinführung einer Sozialticketregelung beschlossen. Derzeit gilt in Hamburg eine pauschale Ermäßigung in Höhe von 18 € auf Monatskarten. Das Sozialticket kostet somit 24,50 € für die Tarifzone 1, 37,50 € für die Tarifzone 2 und 58 € für die Tarifzone 3 – also deutlich mehr als bis zum Jahr 2003.

Mit der Einführung eines Sozialtickets im VRR im Sommer 2011 können 1,14 Millionen Menschen in NRW das neue Ticket nutzen. Eine erfolgreiche Kampagne wie diese zeigt die Potentiale der Sozialticketinitiativen auch in anderen Bundesländern auf.

3. Welche Ratsbeschlüsse für das Sozialticket existieren bereits?

Aktuell gibt es in neun Städten (Bochum, Dresden, Eisenach, Essen, Fürth, Hildesheim, Herne, Lübeck und Schwalbach, Wolfsburg) einen Ratsbeschluss für die Einführung eines Sozialtickets. Einen regionalen Schwerpunkt gibt es nicht. Alle Ratsbeschlüsse beziehen sich auf ein Sozialticket als Zeitkarte, die monatsweise gilt. Ein Ratsbeschluss bedeutet nicht zwangsläufig die tatsächliche Einführung einer Sozialticketregelung.

Die Städte Hildesheim und Eisenach haben bereits 2006 bzw. 2007 entsprechende Ratsbeschlüsse verabschiedet, die immer noch nicht umgesetzt sind. Bei der Stadt Eisenach liegt dies darin begründet, dass sich der Wartburgkreis, der zur Kommunalen Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach (KVG) gehört, gegen die Einführung eines Sozialtickets ausspricht. In Lübeck wurde ein entsprechender Beschluss im Februar 2010 von der Ratsmehrheit gefasst. Es sollte ein Sozialticket für 15 € geben. Durch das Innenministerium von Schleswig-Holstein wurde der Haushaltsentwurf jedoch zu Fall gebracht und das Sozialticket

liegt auf Eis.

In Dresden wurde im Mai 2010 ein Sozialticket per Ratsbeschluss in Auftrag gegeben, die Bürgermeisterin hat eine Variante eingebracht (s.o.); wodurch die Auseinandersetzung sicherlich noch weiter zunehmen könnte. Ähnlich war die Entwicklung in Essen. In Herne wurde ein solcher Beschluss durch den Stadtkämmerer blockiert. Im Saarland hat die Stadt Schwalbach im Mai 2010 beschlossen; ein Sozialticket einzuführen.

Die Ratsbeschlüsse zur Einführung einer Sozialticketregelung – außer in der Stadt Hildesheim – sehen demnach einen Kostenanteil für die Bürgerinnen und Bürger vor, der im Vergleich zu den in Deutschland

4. Welche parlamentarischen und außerparlamentarischen Bündnisse und Initiativen für das Sozialticket bestehen zurzeit?

bereits bestehenden Sozialticketregelungen relativ gering ist.

a. Verbreitung

Derzeit gibt es in mehr als 70 Städten, mindestens 42 (Land-)Kreisen, vier Regionen, drei Bundesländern sowie vier Verkehrsverbänden parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen für die Einführung eines Sozialtickets. Im Vergleich zu Zahlen vom Juli 2008 bedeutet dies eine deutliche Zunahme der Initiativen. Damals gab es etwa 30 Initiativen.

Aber auch im Vergleich mit der letzten Auflage 2009 kann nochmal eine deutliche Steigerung festgestellt werden: 2009 lag die Zahl der Initiativen bei 50.

b. Akteure und Bündnisse

Von den etablierten Parteien in der Bundesrepublik Deutschland fordert vor allem DIE LINKE. das Sozialticket. DIE LINKE. hat 2009 vielerorts das Sozialticket als eine politische Forderung in ihre Kommunal- und Landeswahlprogramme aufgenommen.

In einigen Städten und Kreisen fordern neben der LINKEN auch Bündnis 90/Die Grünen und die SPD, aber auch der DGB, die Gewerkschaft ver.di oder die AWO das Sozialticket. Bündnis 90/Die Grünen setzen sich für das Sozialticket beispielsweise in den Städten Düsseldorf, Gelsenkirchen, Gütersloh, Iserlohn, Kiel, Mannheim, Menden, Mülheim/Ruhr, Neuss, Oberhausen, Weimar und in den Kreisen Märkischer Kreis, Paderborn, Steinfurt, Warendorf, Wesel, Dachau, Ebersberg, Görlitz und Leipzig ein. Die SPD engagiert sich für das Sozialticket derzeit beispielsweise in Düsseldorf, Gelsenkirchen, Iserlohn, Karlsruhe, Kiel, Ludwigshafen, Mönchengladbach, Mülheim/Ruhr, Neuss, Weimar und in den Kreisen Borken, Bruck, Ennepe-Ruhr-Kreis, Dachau, Leipzig und Meißen. Gewerkschaften, Vereine und Verbände unterstützen die Forderung nach dem Sozialticket beispielsweise in den Städten Augsburg, Duisburg, Düsseldorf, Freiburg i. Breisgau, Ludwigshafen, Mannheim, Witten, im Kreis Freising sowie in der Region Niederrhein mit den Kreisen Kleve und Wesel und der Metropolregion Rhein-Neckar.

Auffällig ist, dass die Forderung nach dem Sozialticket an der Mitgliederbasis der SPD oftmals stärker ausgeprägt ist als bei ihren kommunalen Mandats- und Amtsträgern. Die zwiespältige Haltung der SPD zum Sozialticket verdeutlichen folgende Beispiele:

- in der Stadt Bottrop hat sich der SPD-Oberbürgermeister aus finanziellen Gründen im Frühjahr 2009 gegen ein Sozialticket in der Stadt ausgesprochen,

- der SPD-Regierungspräsident in Nordrhein-Westfalen hat im Frühjahr 2009 mit seiner Vorbehaltsankündigung ein Sozialticket in der Stadt Essen verhindert,

- in der Stadt Herne verwies der SPD-Fraktionssprecher auf die Zuständigkeit des regionalen Verkehrsverbundes, und lehnte ein Sozialticket für die Stadt ab,

- in der Stadt Mülheim a. der Ruhr lehnte der sozialpolitische Sprecher der SPD das Sozialticket aus finanziellen Gründen ab,

- in der Stadt Wuppertal stimmte die SPD mit den Grünen, CDU und FDP gegen einen Antrag der LINKEN, der ein Sozialticket zum Preis von 15 € vorsah,

- auf einen Antrag der LINKEN im Kreis Stormarn für ein Sozialticket im November 2008 reagierte die Vorsitzende des Sozial- und Gesundheitsausschusses der SPD zynisch: „Was die LINKEN wollten, ist das Gießkannenprinzip. Es bringt nichts, den Leuten 20 oder 30 € im Jahr zu geben. Man muss ihnen stattdessen lebenspraktische Hilfe bieten – zum Beispiel Tipps, wie sie einen Haushaltsplan aufstellen können.“

- im Kreis Wesel stimmte die SPD im Januar 2009 gegen ein Sozialticket zum Preis von 15 €, das ab 2010 gelten sollte.

In der Regel sprechen sich CDU, CSU und FDP gegen das Sozialticket aus. Einzige Ausnahmen bildet hier das Bundesland Saarland. Die FDP-Landtagsfraktion kündigte dort im Frühjahr 2008 ein entsprechendes politisches Engagement für ein Sozialticket an. Auch die Grünen haben sich beispielsweise in den Städten Duisburg und Herne gegen das Sozialticket ausgesprochen.

In der Mehrzahl der Initiativen arbeiten parlamentarische und außerparlamentarische Aktive zusammen. Sozialverbände, Erwerbslosengruppen, Gewerkschaften, Gruppen der radikalen Linken, Einzelpersonen und ParteivertreterInnen arbeiten häufig an dieser Frage gut zusammen.

Die „Dresdner Initiative für ein Schüler- und Sozialticket“ setzt sich sowohl aus den etablierten Parteien wie Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE als auch dem DGB, der Dresdner Tafel oder der „Bürgerinitiative gegen Sozialkassenschlag und Nationalismus“ zusammen.

In Düsseldorf engagieren sich die Grünen, SPD und DIE LINKE., soziale Einrichtungen, Betroffeneninitiativen und Einzelpersonen gemeinsam für das Sozialticket.

Das „Bündnis Sozialticket“ in der Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen setzt sich aus Vereinen,

Stiftungen, Einzelpersonen, den Kirchen und verschiedenen Parteien zusammen. In Düsseldorf, Hamburg, Bremen, Berlin und Nürnberg finden aus dem Bündnis heraus häufig auch Aktionen des Zivilen Ungehorsams, wie „öffentliches Schwarzfahren“, Go-ins bei Verkehrsbetrieben u.a. statt.

In Sachsen gibt es unter dem Leitmotiv „Bus und Bahn für jeden – für Sozialtickets in Sachsen!“ ein breites Bündnis von lokalen Initiativen, Gewerkschaften und Parteien, das sich für eine flächendeckende Einführung von kommunalen und regionalen Sozialtickets in Sachsen engagiert. Diese sollen durch das Land Sachsen finanziert werden. Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE. haben sich darüber hinaus auf Landesparteitagen für ein landesweites Sozialticket in Sachsen ausgesprochen.

c. Forderungen der Initiativen

Die Vorstellungen der Initiativen zur preislichen Ausgestaltung des Sozialtickets für die Bürgerinnen und Bürger unterscheiden sich zum Teil erheblich. So reichen vom Nulltarif bis zur 50%igen Ermäßigung des bestehenden Normaltarifs.

Zusätzlich zu den „Umsonstfahrinitiativen“ (s.u.) fordern auch einige Sozialticketinitiativen perspektivisch einen kostenlosen ÖPNV.

Das „Sozialforum“ in der Stadt Trier strebt beispielsweise zunächst ein Sozialticket mit keiner oder geringer Eigenbeteiligung der NutzerInnen an. Das Ziel der Initiative ist darüber hinaus die kostenlose Nutzung des Busses in der Stadt Trier für alle Bürgerinnen und Bürger. Auch ein Antrag von der LINKEN im Kreistag von Marburg-Biedenkopf aus dem Jahr 2008 stellt die Maximalforderung nach einem Sozialticket, das für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises kostenlos ist. DIE LINKE verwies in ihrem Antrag dabei auf die französische Partnerstadt von Marburg – in Poitiers gibt es das Sozialticket für 5 € im Jahr. Die Initiative „Bündnis Sozialticket“ fordert für die Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen mittelfristig ein kostenloses Sozialticket. Die Grünen in Bielefeld fordern in Ablehnung an das Beispiel der belgischen Stadt Hasselt ebenfalls einen kostenfreien ÖPNV für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt.

Im Unterschied dazu fordert die Mehrheit der Initiativen ein Sozialticket ohne Sperrzeit, das monatlich gilt, zum Preis von 10 € bis 25 €. Gemäßigte Forderungen lauten 40 bis 50 Prozent Ermäßigung auf den jeweiligen Normaltarif.

d. Erfolge und Rückschritte

In mehreren Städten (Bielefeld, Lübeck, Regensburg und Suhl) ringen derzeit Initiativen um die Wiedereinführung von Sozialticketregelungen, die bereits existierten, aber wieder abgeschafft wurden.

Fahrpreisermäßigungen, die es in Bielefeld in Höhe von 50 Prozent bereits gab, wurden dort im Jahr 2005 wieder abgeschafft. In der Stadt Lübeck gab es bis 2001 eine Ermäßigung von 50 Prozent mit dem Sozialpass „Lübeck-Pass“, die wieder abgeschafft wurde. In der Stadt Regensburg wurde der bereits existierende Sozialtarif 2005 wieder abgeschafft. Die „Bürgerinitiative Asyl Regensburg“ fordert dort unter anderem einen Sozialtarif für AsylbewerberInnen in Höhe von 1,60 € monatlich. Die Bürgerinitiative begründet ihre Forderung mit der entsprechenden Verordnung des Bundesarbeitsministeriums, die 4 Prozent des Regelsatzes der Transferleistungen für AsylbewerberInnen für den Posten „Verkehr“ vorsieht. Auch in der Stadt Suhl wurde das Sozialticket, das an den Sozialpass der Stadt gebunden war, 2009 wieder abgeschafft.

Resümee

Mit der Einführung des Sozialtickets im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) wird es auch spannend für die Initiativen in anderen Regionen. So beispielsweise in der Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen, Metropolregion Rhein-Neckar, Region Niederrhein, Region Weiden-Neustadt-Tirschenreuth, Regionalverband Ruhr, den Bundesländern (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen) und den Verkehrsverbänden (Mitteldeutscher Verkehrsverbund, Nordhessischer Verkehrsverbund, Verkehrsverbund Mittelthüringen. Wenn es gelingt, das Sozialticket im VRR zu einem Erfolgsprojekt zu machen, dann könnte ein Sogeffekt entstehen, der die Diskussion für eine bundesweite flächendeckende Einführung eines Sozialtickets ermöglichen könnte.

Andererseits liefern die Initiativen für ein Sozialticket in den Regionen, den Bundesländern und den Verkehrsverbänden – unabhängig von ihrem Erfolg – nützliche Erfahrungswerte zum stadt- und kreisübergreifenden Engagement. Künftige Initiativen können sich an den Erfolgen und Misserfolgen orientieren und so die eigene Effektivität erhöhen. Die regionalen Initiativen können auch deshalb zu einem politischen Erfolg werden, wenn in ihrem Ergebnis die Erkenntnis steht, dass in den verschiedenen beteiligten Städten und Kreisen politische Ziele miteinander umsetzbar sind.

5. Umsonstfahrinitiativen

ÖPNV umsonst! In neun Städten wirken Initiativen, die sich nicht nur einen Sozialtarif, sondern einen gänzlich entgeltfreien ÖPNV auf die Fahnen geschrieben haben. Neben einer sozialpolitischen Dimension sehen die AktivistInnen auch eine starke klimapolitische Dimension im Nahverkehr. Angesichts des immensen CO₂ Ausstoßes durch den Individualverkehr wird auf eine Stärkung des ÖPNV-Sektors orientiert und eine Umsteuerung bei den Subventionen von Autobau und (Auto-)Verkehrsinfrastruktur gefordert. In Berlin, Bremen, Darmstadt, Düsseldorf, Frankfurt/Main, Freiburg, Greifswald, Hamburg und Tübingen existieren momentan solche Initiativen.

Ende 2010 legte die Tübinger Initiative ZAK eine Bilanz ihrer Aktivitäten vor. Dabei werden Aktionen, Erfolge und Schwierigkeiten der Kampagne gezeigt. http://www.zak-tuebingen.org/files/TueBus_Umsonst.pdf

In Bremen fand 2010 bereits der zweite „Umsonstfahrttag“ statt, viele der Initiativen zeigen bei ihren Aktionen ein kreatives und breites Aktionsrepertoire.

Bestehende Sozialtickets (geordnet nach Stadt, Kreis, Landkreis, Bundesland, Tarifverbünde)

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Aachen	Ab 1.2.2011	NW	„kostenneutrales“ Konzept der AVV (Aachener Verkehrsverbund)	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG	53,50 € (Ganztages Ticket)	29,80 € (9 Uhr Ticket)	Das Ticket wurde zum 1.1.2011 nach den positiven Erfahrungen aus Düren eingeführt. Damit ist der AVV der erste Kooperationsraum in NRW, in dem das Sozial-Ticket flächendeckend angeboten wird.
Aschaffenburg (kreisfreie Stadt)	8.2.2008	BY	Die Stadt gleicht den Differenzbetrag von 17,45 € pro Ticket gegenüber dem Verkehrsbetrieb der Stadtwerke aus. Die Stadt kalkuliert mit 58.000 € pro Jahr für den Sozialpass, der seit August 2008 auch eine Sozialticketregelung umfasst.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG	33,80 €	16,35 €	Die Sozialticketregelung gilt in Verbindung mit dem Sozialpass, der „Kulturpass“ heißt. Bus-Tageskarten kosten 1,65 € (Normalpreis 2,80 €)
Bad Homburg	2010	HE	350.000 € für 2010	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie GeringverdienerInnen (718 €, „Haushaltsvorstand“, 252 € zusätzliche Personen) Ca. 3000 Bezugsberechtigte nach Aussagen der BfA	36,20 €	75% Ermäßigung für den Stadtbus	
Bensheim (kreisfreie Stadt)		HE		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG	44,50 €	22,25 €	Die Sozialticketregelung gilt in Verbindung mit dem Sozialpass. Es gelten 50% Ermäßigung auf Monatskarten von Buslinien der Fa. Werner und auf die Monatskarte der Tarifstufe 1 des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar für die Wabe 35.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Berlin (Bundeshauptstadt, Stadtstaat)	Seit 2005	BE	5,5 Mio. € durch das Land Berlin und 3,2 Mio. € durch das öffentliche Verkehrsunternehmen	Ca. 500.000 Bezugsberechtigte – BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG. Tatsächliche NutzerInnen: 2005: 103.000 2006: 130.000 2007: 140.000 2008: 170.000 (Prognose)	72,- € (bis 31.12.2010) für übertragbares Umwelticket im Ring/AB)	33,50 €	Das „Berlin-Ticket S“ ist gültig für den Teilbereich Berlin AB (Wiedereinführung 2005). Durch einen Beschluss der roten Koalition wurde 2007 der Preis von der allgemeinen Tarifierhöhung abgekoppelt, d.h. auch bei allgemeinen Erhöhungen, kann der Preis des Berlin Ticket S stabil bleiben. Das Ticket gilt in Verbindung mit dem „Berlinpass“ genannten Sozialpass. Die Verwaltungskosten betragen 2006 ca. 300.000 € und 2007 ca. 400.000 €. Bis 2003 gab es bereits die „Berlin-Karte S“ für 20,40 €. Dieses Sozialticket galt für die innerstädtischen Tarifzonen AB. Ca. 80.000 Sozialhilfebeziehende nutzten das Ticket zuletzt. 2004 fielen die Zuschüsse des Berliner Senats weg und das Ticket konnte nicht mehr angeboten werden.
Bonn (kreisfreie Stadt)	2005, Änderungen 2010	NW		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB III, SGB VIII, SGB XII, Bafög und AsylbLG, HeimbewohnerInnen sowie Personen, deren monatliches Einkommen die Einkommensgrenze (bemessen am Eckregelsatz SGB II, SGB XII) nicht überschreitet. In Härtefällen darf die Verwaltung von den Richtlinien abweichend entscheiden.	76,40 € (66,50 € Abo)	38,20 €	Die Sozialticketregelung gilt in Verbindung mit dem Sozialpass, der „Bonn-Ausweis“ heißt. Es gelten 50% Ermäßigung auf Fahrscheine des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS) im Stadtgebiet (ausgeschlossen sind Einzelfahrscheine und die „Tageskarte 5 Personen“). Das Sozialticket soll aus dem „Bonn-Ausweis“ herausgelöst werden und in einem möglicherweise 2011 kommenden VRS-Sozialticket aufgehen.
Braunschweig (kreisfreie Stadt)	2003	NI		Ca. 30.000 Bezugsberechtigte – BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII. Darunter sind über 7.000 Kinder. Aktuell gibt es mehr als 4.500 NutzerInnen.	55,- €	12,- €	Das „Mobilticket“ ist in der Zone 40 (Stadtgebiet Braunschweig) gültig. Es gilt eine Sperrzeit bis 9 Uhr (SchülerInnen ausgenommen). Das Ticket berechtigt außerdem zum ermäßigten Eintritt in die städtischen Bäder.
Bremen (Stadtstaat)	2010	HB	1,7 Millionen € (Prognose)	Etwas 85.000 Erwerbslose und BezieherInnen nach SGB XII und AsylbLG sind bezugsberechtigt. Es wurden 12-15.000 NutzerInnen prognostiziert, momentan (Mai 2010) nutzen es jedoch nur 6000 Personen.	47,- € Erwachsene, 34,30 € Jugendliche	29,25 € Erwachsene, 24,50 € Jugendliche	Das nun „Stadtticket“ bezeichnete Vergünstigungsticket bleibt hinter den Erwartungen zurück. Es sollte im Winter 2010 evaluiert werden.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Cottbus	2003	BB	7700 € hat die Stadt für die Übernahme der ÖPNV-Ermäßigung in die Haushalte für die Jahre 2008 und 2009 eingestellt. Ist dieses Geld verbraucht, sollen laut Satzung keine ermäßigten Fahrkarten mehr ausgegeben werden.	Es wurden 2009 nur 460 Cottbus-Pässe ausgegeben.	37,- €	24 ermäßigte Einzel-fahrscheine pro Jahr	Der Cottbus-Pass steht vor dem Aus. 2003 nutzen 1798 Menschen den Pass, 2009 nur noch 460. Der Aufwand, sich einen Berechtigtenausweis zu beschaffen, entspricht nicht dem Ertrag von 24 ermäßigten Fahrscheinen pro Jahr. Seit September 2008 gilt das „Mobilitätsticket“ des Landes Brandenburg.
Detmold (große kreisangehörige Stadt)	1.2009	NW		Bezugsberechtigte nach SGB II und SGB XII, sowie alle, deren Einkommen weniger als 20% über diesen Bezügen liegen	27,50 €	19 € Familienkarte, 49 € Monatskarte	Das „Sozialpass-Ticket“ für Sozialpass-InhaberInnen der Stadt gilt für alle Buslinien im Stadtgebiet, Anrufsammel-Taxi und den Nachtbus. Das Ticket gilt Montag - Freitag ab 9 Uhr sowie an Samstagen, Sonn- und Feiertagen ganztägig für bis zu zwei Erwachsene und bis zu drei Kinder bis 14 Jahre. Das Ticket berechtigt über die Stadt Detmold hinaus im Gemeinschaftstarif des Nahverkehrs Ostwestfalen-Lippe zum ermäßigten Fahrpreis.
Dortmund (kreisfreie Stadt)	2.2008	NW	Ca. 5 Mio. € pro Jahr wurden von der Stadt kalkuliert. In 2009 sollen sich die Forderungen auf ca. 7 Mio. € erhöhen. Die Stadt ist 2010 nahezu komplett aus der Subvention des Sozialtickets ausgestiegen.	Ca. 110.000 bezugsberechtigte BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, wirtschaftlicher Jugendhilfe und nach dem AsylbLG. Neu sind WohngeldbezieherInnen. Es nutzen nur noch 8.295 Menschen das Sozialticket (zuvor ca. 24.100)	48,90 €, 36,81 € für 9 Uhr Karte	30 €, ab 9 Uhr gültig	Das Ticket ist an den Sozialpass „Dortmund-Pass“ gebunden. Es gilt für Bus und Bahn ab 9 Uhr. Das Sozialticket ist seit 2008 kontinuierlichen Verschlechterungen unterworfen: zunächst hat es 15,- € gekostet; dann gab es eine drastische Verschlechterung der Konditionen zum 1.2.2010; erneute Verschlechterung ab 1.7.2011 bei Einführung des VRR Tickets. Über ein Großkundenabo erhält die Stadt 16% Rabatt vom Verkehrsbetrieb. Es finden keine weiteren Subventionen statt. Wertmarken mit einem Wert von 9,- €
Dresden		SN		In Dresden gibt es derzeit ca. 60.000 Berechtigte für den Sozialpass „Dresden-Pass“- ca. 12.000 Menschen nutzen diesen. Hilfe zum Lebensunterhalt oder Grundsicherung nach SGB XII, Arbeitslosengeld oder Sozialgeld nach SGB II bzw. Leistungen nach dem AsylbLG beziehen oder ein geringes Einkommen und Vermögen haben.	47,- €, 4 Fahrten 7,60 €	38,00 €, 4 Fahrten 4,50 €	Ca. 3.000 Menschen nutzen derzeit die 9,- € Wertmarke für den ÖPNV, die es in Zusammenhang mit dem Sozialpass gibt. Für den Zeitraum vom 1.1. bis 31.12.2010 wird zusätzlich ein Sonderticket für 4 Einzelfahrten zu einem reduzierten Preis von 4,50 € angeboten.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Erfurt (kreisfreie Stadt, Landeshauptstadt)	4.2009	TH	2009 hat die Stadt 560.000 € für das Sozialticket in den Haushalt eingestellt.	InhaberInnen des Grünen Sozialausweises: BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und Menschen mit niedrigem Einkommen von max. 10% über dem Sozialleistungsregelsatz In den ersten beiden Monaten seit der Einführung haben ca. 1.800 Bedarfsgemeinschaften die Regelung in Anspruch genommen. Anspruchsberechtigt sind ca. 25.000 Bedarfsgemeinschaften.	47,60 €	25,- €	Das Erfurter Sozialticket ist eine Monatskarte für die Tarifzone 10 des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT) - Stadtgebiet Erfurt und gilt pro Bedarfsgemeinschaft. Montag - Freitag gilt eine Sperrzeit bis 9 Uhr. Am Wochenende und Feiertags gilt das Ticket ganztägig. Ab Juli 2009 soll das Ticket in der Woche ganztägig gelten. Inhaber des Grünen Sozialausweises können das Ticket beim Amt für Soziales und Gesundheit kaufen. Das Ticket ist bis Dezember 2009 befristet. Vgl. auch Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) - dort soll bis 2010 ein Sozialticket eingeführt werden (Seite 52).
Frankfurt /M (kreisfreie Stadt)	1991	HE	5,3 Mio. € von der Stadt für den „Frankfurt Pass“ - enthalten ist auch die 40% ermäßigte Monatskarte.	Ca. 25.000 Bezugsberechtigte bei folgenden Netto-Einkommengrenzen: 1-Personenhh 869 €, 2-Personenhh 1.125 €, 3-Personenhh 1.380 €, 4-Personenhh 1.636 €, 5-Personenhh 1.892 €	Erwachsene 74,80 €	Erwachsene 51,60 €, 516,- € für eine Jahreskarte	InhaberInnen des „Frankfurt Pass“ erhalten eine 40% ermäßigte Monatskarte Citynetz (RMV Tarifzone 50) für Erwachsene. Für Junioren gibt es zusätzlich Monats- und Wochenkarten. Auf den „Frankfurt Pass“ gibt es weitere Ermäßigungen für kulturelle Angebote der Stadt (Museen, Kinos, Theater der Stadt etc.). 2009 forderte DIE LINKE eine ermäßigte ÖPNV-Monatskarte für 14,- €.
Gießen	2006	HE	Bezugsberechtigte von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG oder WoGG zudem Bezugsberechtigte von „Hilfe zur Pflege, Hilfe zum Lebensunterhalt“		34,60 €	17,30 € 50% des Regeltarifs	
Greifswald (kreisfreie Stadt)	1997	MV	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG oder WoGG darüber hinaus BürgerInnen, deren Einkommen im Bereich der Pfändungsfreigrenze liegen sowie StudentInnen.		Monatskarte 34,- €, 6-Fahrtenkarte 7,50 €	Monatskarte 22,90 €, 6-Fahrtenkarte 6,- €	Inhaber des „Kultur- und Sozialpass“ (KUS) erhalten die ermäßigten Fahrscheine direkt beim Busfahrer.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Hamburg (Stadtstaat)	1.2009 (Wiedereinführung)	HH	7,5 Mio. € von der Stadt	Bezugsberechtigte von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG - in Hamburg sind das ca. 200.000 Menschen. Eine Sprecherin der Stadt ging 2008 von ca. 34.000 tatsächlichen NutzerInnen aus.	Beispiel Monatskarte: 1 Zone 43,- € 2 Zone 56,- € 3 Zone 77,- € 4 Zone oder Großbereich 89,- € (...)	18 € Ermäßigung auf jede Abokarte	Der Hamburger Verkehrsverbund (HVV) bietet eine Sozialkarte an, die 18,- € Ermäßigung auf alle Monats- und Abokarten (außer Wochenkarten) bietet. Die Regelung wurde von der CDU-Grünen Regierung unter dem Stichwort „Sozialticket“ umgesetzt. Zuvor hatte die CDU in 2003, als sie die absolute Mehrheit besaß, das bestehende Sozialticket abgeschafft. Damals hatte das Ticket 15,50 € gekostet.
Hannover (Landeshauptstadt mit Region)	8.2009	NI	Bei den Kosten ist zwischen direkten Kosten der Region und den finanziellen Auswirkungen auf den Großraum-Verkehr Hannover (GVH) zu unterscheiden. Zu den direkten Kosten kommt auf die Region ein einmaliger Aufwand für die Herstellung der Berechtigungen (Gestaltung/Layout der Karte und der Flyer; Herstellungskosten/Druckkosten und Versandkosten sowie Infomaterial) und Vertriebsaufwand der Verkehrsunternehmen für die Kundenkarten und Wertmarken zu. Die Region subventioniert die Wertmarken mit 1,- € pro Monat und Ticket. Momentan werden ca. 400 000 € ausgegeben.	EinwohnerInnen der Region Hannover, die Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG oder der Kriegsopferfürsorge beziehen. 80 000 Berechtigte erhielten den „Hannover-Pass“; die ermäßigten GHV-Tarife nutzen momentan ca. 5.000 Personen.	Tagesticket 1 Zone 4,20 € 2 Zonen 5,40 € 3 Zonen 6,70 €	Tagesticket (keine Monatsmarke) 1 Zone 2,20 € 2 Zonen 2,90 € 3 Zonen 3,60 €	Die Regionsversammlung Hannover hat den „Hannover-Pass“ am 16.6.2009 verabschiedet. Ab September 2010 wird der Pass automatisch an alle Bezugsberechtigten verschickt. Wertmarken mit der Kundenkarte berechnen zur Nutzung des Sozialtarifs. Die Wertmarken gelten monatsweise und kosten 15,- €. Die Region Hannover übernimmt einen Teil der Kosten für die Wertmarke - die NutzerInnen müssen einen Eigenanteil von 4,- € übernehmen. Es gibt auch ein Kinder-Tages-Ticket-S zum Preis von 1,20 €. Es existiert also kein reduziertes Monatskartenangebot. Das „Sozialbündnis Hannover“ fordert darüber hinaus ein Sozialticket für die Region Hannover für 15,- €. Die LINKE in der Regionalversammlung forderte im März 2009 den „Region Hannover Pass“ mit einem Sozialticket für 16,05 €. SPD und Grüne wollen dagegen ein Sozialticket für Bus und Bahn für 35,- € durchsetzen.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Heidelberg (kreisfreie Stadt)		BW		Den „Heidelberg Pass“ können beantragen: BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, Lebensgemeinschaften mit kindergeldberechtigten Kindern, alleinstehende BürgerInnen ab dem 65. Lebensjahr sowie RentnerInnen. Darüber hinaus Bedarfsgemeinschaften mit folgenden Nettoeinkommensgrenzen im Monat: 1 Personenhh 1.215 € 2 Personenhh 1.600 € 3 Personenhh 1.985 € 4 Personenhh 2.375 € 5 Personenhh 2.755 €	Einzelfahrschein 2,20 €, Mehrfahrscheinkarte 1,90 €	Einzelfahrschein 1,70 €, Mehrfahrscheinkarte 1,30 €	InhaberInnen eines „Heidelberg-Passes“ sind berechtigt, innerhalb der Großwabe Heidelberg (Wabe 125) alle VRN-Verkehrsmittel mit Einzelfahrschein und Mehrfahrscheinkarten für Kinder zu nutzen. Die Mehrfahrscheinkarte setzt sich in Heidelberg aus fünf Einzelfahrschein ein. Seit Februar 2009 forderte die Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Metropolregion Rhein-Neckar (u.a. Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen) wiederholt ein weitergehendes Sozialticket im ÖPNV für ca. 17,- €. Sie argumentiert: Mehreinnahmen durch NeukundInnen. Die Bunte Linke/DIE LINKE fordert eine wichtige Erweiterung: Für den Bereich Heidelberg soll eine verbilligte Monatskarte für 10,- € eingeführt werden.
Ingelheim a. Rhein (Kreisstadt)	Die Reg. gilt seit 1986. 1999 wurde sie zuletzt innerh. des Verkehrsverbundes festgeschrieben	RP	Mit der Regelung verzichtet die Kommune freiwillig auf die entsprechenden Einnahmen.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII sowie jugendliche Arbeitslose bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres (bei Vorlage einer Bescheinigung, keinen Arbeitsplatz gefunden zu haben) - ca. 1.500 Menschen	30,30 €	0,- €	Der Sozialausweis der Stadt berechtigt zur kostenlosen Nutzung der Stadtbusse, der Stadtbücherei, des Freibades und kultureller Veranstaltungen - alles unter Vorbehalt der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Jena (kreisfreie Stadt)	2005 Neuregelung 2009/ 2010	TH		Den Sozialpass „JenaPass“ können beantragen: Beziehenden von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG. Seit 2009 gibt es den „JenaPass“ auch für Menschen, die sich im Ehrenamt engagieren. 2009 waren ca. 5.500 BürgerInnen Inhaber des Sozialpass „JenaPass“.	Einzelfahrt 1,70 €, Wochenkarte 15,60 €, Monatskarte 47,60 €	Einzelfahrt 0,85 €, Wochenkarte 7,80 €, Monatskarte 23,80 €	InhaberInnen des Sozialpass „JenaPass“ erhalten die entsprechenden Ermäßigungen. Der Verkehrsverbund Mittelthüringen hat diese als „Jenaer Haustarif“ anerkannt. August 2008 stellte die SPD im Stadtrat den Antrag, ein Sozialticket für 25,- € im Monat einzuführen. Seit 2009 gilt ein neues „Punktesystem“ mit einem Punkteguthaben, das einem Wert von 120,- € entspricht, können „Jenapass“-InhaberInnen ab dem 1.8. nochmals ermäßigte Fahrausweise für den ÖPNV erwerben. Der Einzelfahrschein kostet dann für den Kreis der Berechtigten 0,85 €, die Wochenkarte 7,80 € und die Monatskarte 23,80 €. Damit werden die Fahrausweise auf 50% des Normalpreises ermäßigt. Die Differenz zum bisherigen Preis übernimmt die Stadt. Die neue Vergünstigung, vorerst J-Card genannt, kann im Bürgeramt entweder auf den Chip einer schon vorhandenen EC-Karte gespeichert oder als separate elektronisch lesbare Karte ausgegeben werden. Das Aufspielen des Punkteguthabens auf eine EC-Karte ist kostenlos, eine gesonderte Karte kostet 5,- €. Die Bonuskarte gilt in Verbindung mit dem Personalausweis und der Nachweiskarte des Jenapass-Inhabers. Derzeit gibt es in Verbindung mit dem Sozialpass eine Ermäßigung von 7,- € für den ÖPNV, damit sind die Bedingungen zur vorherigen Regelung verschlechtert worden.
Kaiserslautern (kreisfreie Stadt)	2000	RP		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, der wirtschaftlichen Jugendhilfe und nach dem AsylbLG	45,- €	38,- €	
Karlsruhe	1.10.2009	BW	1,1 Millionen pro Haushaltsjahr kalkuliert (für den gesamten Karlsruhe Pass)	Leistungen nach SGB II Leistungen nach SGB XII (Grundsicherung) Wohngeld, Kindergeldzuschlag	46,- € Stadtgebiet Karlsruhe (übertragbar)	22,50 € Stadtgebiet Karlsruhe	Der Karlsruher Pass wird vom Jugendfreizeit- und Bildungswerk (jfbw) des Stadtjugendausschuss ausgegeben. Er beinhaltet seit Oktober 2009 wieder ein Sozialticket zum halben Normalpreis. Der Vorschlag kam von SPD und Grünen. Die LINKE forderte eine stärkere finanzielle Beteiligung der Stadt. Die Jusos Karlsruhe forderten ein Sozialticket zum Preis von 20,- €.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Kassel und Umgebung (kreisfreie Stadt)	2007 als sogenanntes Diakonieticket	HE		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII, sowie AsylbLG. Derzeit nutzen ca. 1.000 BürgerInnen die Ermäßigung.	44,50 € bzw. 64,50 € für KasselPlus	40,- € (49,- € KasselPlus) 30,- bzw. 36,50 € 9 Uhr Karte	Die Ermäßigung der Kasserer Verkehrs-Gesellschaft (KVG) trägt den Namen „Diakonieticket“, es ist eigentlich KEIN Sozialticket. Es besteht in einer 22% Reduzierung der Normalkosten in der Höhe eines durch einen Großkundenrabatt. Die „Initiative für ein Sozialticket in Kassel und Umgebung“ unter Federführung von Attac-Kassel, der mehr als 50 unterstützende Organisationen und Gruppen angehören, fordert eine erweiterte Regelung. Bis Februar 2009 sammelte die Initiative mehr als 7.000 Unterschriften. Mit der Einführung des „Diakonietickets“ sind die weitergehenden parlamentarischen Initiativen einstweilen gescheitert.
Konstanz (Kreisstadt)		BW	Die Stadtwerke tragen die Kosten.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und WoGG	Bus 2,- €, Bus/Fähre 4,50 €	Bus 1,- €, Bus/Fähre 2,20 €	InhaberInnen des Sozialpass, die älter als 15 Jahre sind, fahren im ÖPNV auf Kinderfahrtschein.
Köln (kreisfreie Stadt)	4.2008, Erweiterung 2009	NW	Pro verkauftem 4er Ticket zahlt die Stadt 2,20 €, pro Monatsticket 4,50 € in einen verbundweiten Einnahmepool des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg (VRS). 4. bis 12.2008 waren es ca. 0,8 Mio. €. Für 2009 geht die Stadt von ca. 1,8 Mio. € aus. Für die Ausweitung der Berechtigten (Einkommen mit 130% Regelsatz SGB II) kommen wohl 180.000 € Mehrkosten an die KVB hinzu.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB VIII, SGB XII und AsylbLG, außerdem BezieherInnen von wirtschaftlicher Jugendhilfe sowie Kindergeldzuschlag, Wohngeldbeziehende – sowie wirtschaftlich Schwächere (130% Regelleistungen SGB II). In Köln sind das insgesamt ca. 175.000 Anspruchsberechtigte. 100.000 nutzen den Köln-Pass.	4erTicket 8,60 €, Monats-Ticket 76,40 €	„4erTicket KölnPass“ 4,70 €, „Monats-Ticket KölnPass“ 28,90 €	Inhaber des „Köln-Pass“ können ermäßigte Tickets für Fahrten im Kölner Stadtgebiet erwerben. Es gibt ermäßigte „4erTickets“ und „MonatsTickets KölnPass“.
Leipzig (kreisfreie Stadt)	8.2009	SN	Kosten der Stadt in 2009 anteilig 653.000 €. Für 2010 geht die Stadt von 1,53 Mio. € aus. Darin enthalten sind ein Zuschuss der Stadt an den Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) von 1,46 Mio. € sowie anteilig Vertriebs- und Druckkosten (68.000 €).	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II sowie BürgerInnen und Bürger, die über ein niedriges Einkommen oder Rente verfügen. Ca. 80.000 Bezugsberechtigte bei ca. 500.000 Einwohnern. 17.000 NutzerInnen	53,- €	26,- € (auf 50% des Normalpreises fixiert)	Die „Leipzig-Pass-Mobocard“ in Verbindung mit dem Sozialpass „Leipzig-Pass“ gilt für alle Verkehrsmittel des MDV innerhalb der Zone 110 (Stadt Leipzig). Der Kauf ist seit 2010 auch an regulären Automaten möglich. Es existiert ein Ratsbeschluss, der das Sozialticket bis Juli 2011 sichert. BI macht eine Unterschriftenkampagne zur unbefristeten Weiterführung des Sozialtickets.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Luckenwalde (Kreisstadt)	1. und 9.2008	BB		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG	2 Waben 40,70 €, 4 Waben 55 €	2 Waben 20,35, 4 Waben 27,50 €, Einzelfahrt 30 Cent, Kinder 20 Cent	Seit 2006 gilt in der Stadt Luckenwalde die Regelung, dass SozialpassinhaberInnen eine Reihe von Vergünstigungen in Anspruch nehmen können – u.a. vergünstigte Einzelfahrten der Stadtbuslinie. Dezember 2007 führte der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming darüber hinaus ein Sozialticket zum Januar 2008 mit 50% Ermäßigung ein. Geplant war zunächst ein einjähriges Pilotprojekt. Das Sozialticket galt für ausgewählte Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming (VTF) – aber nicht für die Deutsche Bahn AG und S-Bahn. Zusätzlich gilt seit September 2008 das „Mobilitätsticket“ des Landes Brandenburg.
Mainz (kreisfreie Stadt, Landeshauptstadt)	12.2008	RP	Keine Zuschüsse	InhaberInnen des Sozialausweises – BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII	67,20 €	50,40 € (25% Ermäßigung)	Die Ermäßigung gilt für InhaberInnen des Sozialausweises, die älter als 14 Jahre sind. Die „Sondermonatskarte“ ist ein freiwilliges Angebot der Mainzer Verkehrsgesellschaft (MVG) für Bus und Straßenbahn.
München (kreisfreie Stadt, Landeshauptstadt)	4.2009	BY	5,5 Mio. € von der Stadt München. Im Gegenzug wurde die Ausgabe vergünstigter Tagestickets, die das Sozialreferat pro Jahr mit 2,1 Mio. € subventionierte, eingestellt.	Kalkulation pro Jahr: 250.000 Isar Card S-Monatskarten Innenraum, 72.000 Karten für das Gesamtnetz. In der Stadt München gelten ca. 178.000 Menschen als arm – sie können das Sozialticket nutzen. Die Stadt hat 80.000 ALG II- und Sozialhilfe-Beziehende als NutzerInnen angenommen; hinzu kommen FSJ-, Grundwehrdienst- und Zivildienstleistende	Isar Card ab 9 Uhr für den Innenraum: 44,20 €, Gesamtnetz 62,80 €	Isar Card S ab 9 Uhr für den Innenraum: 23,90 €, Gesamtnetz 40,40 €	Das Sozialticket „Isar Card S“ besteht aus einer Wertmarke in Verbindung mit dem Sozialpass „München Pass“. Montag - Freitag gilt 6 - 9 Uhr eine Sperrzeit. Mit Einführung der „Isar Card S“ wurden die bisher verbilligten Tagestickets abgeschafft – zum Ärger von WenigfahrerInnen. Einige Stadträte meldeten diesbezüglich Protest an. Der Münchner Stadtrat beschäftigt sich weiter mit dem Thema.
Münster (kreisfreie Stadt)	1.9.2010	NW	Es wird mit jährlich 577.000 € Zuschuss für den Münster-Pass kalkuliert, falls 16% der Berechtigten das Sozialticket nutzen. Die Zahlen werden 2011 evaluiert. Zudem fallen 35.000 € für Druck- und Versandkosten an.	Leistungen gemäß SGB II, SGB XII, Grundsicherungsleistungen bei dauernder Erwerbsminderung oder Alter, AsylbLG oder die in einem Alten- bzw. Pflegeheim wohnen und lediglich einen Barbetrag zur persönlichen Verfügung nach dem SGB XII erhalten; ca. 25.000 MünsteranerInnen wird der „Münster-Pass“ zugesendet.	32,45 € 9 Uhr Karte, 36,85 € Monatskarte	16,20 € 9 Uhr Karte, 20,60 € Monatskarte	Zur Kommunalwahl 2009 forderte DIE LINKE ein Sozialticket für Hartz IV- und Sozialhilfebeziehende. Das Ticket soll kostenlose Busfahrten und Gratisbesuche in Schwimmbädern ermöglichen. 2010 schlossen sich die Fraktionen von GRÜNE, DIE LINKE, Piratenpartei, ÖDP und SPD zu einem gemeinsamen Antrag für ein Sozialticket zusammen. Es wurde zum 1.9.2010 eingeführt.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Nürnberg (kreisfreie Stadt)	1996	BY	Freiwillige Leistung der Verkehrsgesellschaft.	Ca. 160.000 NürnbergerInnen gelten als arm oder von Armut bedroht – sie könnten ein weitergehendes Sozialticket nutzen.	59,10 €	29,90 €	Derzeit gilt das Sozialticket für InhaberInnen des Sozialpasses „Nürnberg-Pass“ bei der Verkehrsaktiengesellschaft Nürnberg (VAG). Diese Regelung gilt seit Mitte der 1990er Jahre. Damals bezuschusste die Stadt diese Regelung noch. Im März 2009 gründete sich das Bündnis Sozialticket. Sie fordern die Einführung eines Sozialtickets in der Region Nürnberg-Fürth-Erlangen zum Preis von 1,49 €. Die Grünen haben eine eigene Preisvorstellung von 15,- € eingebracht.
Pforzheim	1. 7. 2006	BW		Es gilt eine Vermögensgrenze: Höchstwert von 13.000 € bei Einzelpersonen bzw. 26.000 € bei Familien	Erwachsene 22,50 €, Kinder 13,50 €, Einzelfahrausweise 1 Z. 1,40 €, 5 Z. 3,30 €	15 Fahrten zu je 50% auf einer Monatskarte	InhaberInnen eines Pforzheim-Passes mit der Stufe F können bis zu 15 Fahrten auf die Mehrwegkarte zu einem günstigeren Tarif in Anspruch nehmen. Es ist ein Eigenanteil von 50% des jeweils gültigen Tarifs (Erwachsene zurzeit 22,50 €, Kinder/Jugendliche 13,50 €) zu entrichten.
Rostock (kreisfreie Stadt)	Neuregelung 12.2007	MV	2006 waren es 225.000 € durch die Stadt.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII. Mit Stand vom Sommer 2008 nutzen 6.500 RostockerInnen die Regelung. Im ersten Halbjahr 2008 wurden 166.000 Fahrten registriert – ca. 30.000 Fahrten pro Monat.	Einzelfahrausweis 1,70 €, Tageskarte 4,50 €	Einzelfahrausweis 1,20 €, Tageskarte 3,20 €	Die Regelung existiert mit Unterbrechung seit 2005. Für 2007 bekam die Stadt die Auflage vom Landesrechnungshof jährlich 70 Mio. € einzusparen. Für ein Jahr konnte das Sozialticket deshalb wegen fehlender städtischer Mittel nicht angeboten werden. Seit Ende 2007 gibt es in Rostock wieder ein Sozialticket in Form ermäßigter Einzelfahrausweise und Tageskarten. Ein Berechnungsausweis muss vom Sozialamt ausgestellt werden. Das Sozialticket muss jedes Haushaltsjahr erneut zwischen der Stadt und der Rostocker Straßenbahn AG und dem Verkehrsverbund Warnow ausgetauscht werden. Kritiker sagen: „Sozialticket light“.
Schwandorf (Große Kreisstadt)	2002	BY		BezieherInnen von Sozialgeld, Arbeitslosengeld II oder Befreiung von der GEZ-Gebühr. Darüber hinaus erhalten Haushaltsangehörige auf Antrag eine Zusatzkarte: Ehegatten und minderjährige Kinder, für die Kindergeld gewährt wird. Der SAD (Schwandorf)-Pass wurde 2009 von 580 Menschen genutzt.	2 Zonen Ticket 49,- €	50% Ermäßigung bei 20 Fahrten	Im Landkreis Schwandorf gelten 50% Ermäßigung für max. 20 Busfahrten in 3 Monaten. Im benachbarten Burglengenfeld gibt es eine 50% Ermäßigung bei allen Busfahrten

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Stuttgart (Stadtkreis und Landeshauptstadt)	2001	BW	2006 gab die Stadt 1,9 Mio. € für die „Bonuscard“ aus – davon 1,7 Mio. € Zuschuss für den ÖPNV. Für 2009 veranschlagte die Stadt 2,3 Mio. € für die „Bonuscard“. Sozialamtsleiter Tattermusch sprach von insgesamt 3,1 Mio. € an Zuschüssen im Jahr 2007.	Den Sozialpass „Bonuscard“ erhalten Berechtigte von Leistungen nach SGB II, SGB XII, Menschen deren Einkommen innerhalb dieser Einkommensgrenze liegt sowie sogenannte „Schwellenhaushalte“. Beziehenden von Leistungen nach AsylbLG sind nicht berücksichtigt. 2006 nahmen ca. 42.000 Menschen die „Bonuscard“ in Anspruch. Für 2009 waren 50.000 NutzerInnen veranschlagt.	1 Zone 39,- €, 2 Zonen 50,30 € (...)	23,50 € 34,80 € (...)	März 2009 bekräftigte die Diakoniefarrerin Karin Ott vor dem Sozialausschuss des Stadtrats die Forderung nach einem weitergehenden Sozialticket. Der Sozialamtsleiter Walter Tattermusch sieht keine Veranlassung für die Einführung eines weitergehenden Sozialtickets und verwies auf die existierende „Bonuscard“. In Verbindung mit der „Bonuscard“ existiert ein „Sozialticket light“: das Umweltticket wird mit 15,50 € fest bezuschusst. Es gilt eine Sperrzeit von Montag-Freitag bis 9 Uhr. DIE LINKE kritisiert, dass der Zuschuss zu gering und nicht dynamisch an die Tarifzonen angepasst ist. Die Stadt Stuttgart alleine besteht aus zwei Zonen – je Zone wird das Ticket umso unerschwinglicher. Seit 2005 fordert DIE LINKE eine Erweiterung der Regelung.
Tübingen (Stadt)	2010	BW		Die BonusCard erhalten alle Personen in Tübingen, die Anspruch auf Sozialhilfe oder ALG II -Leistungen haben, außerdem AsylbewerberInnen, sowie Familien und Einzelpersonen, wenn ihr Einkommen folgende Grenzen nicht überschreitet: 1 Person 1070 €, 2 Personen 1420 €, 3 Personen 1750 €, 4 Personen 2100 €, 5 Personen 2500 €, 6 Personen 3000 € 764 Personen haben die Bonuscard 2010 genutzt.	6,80 € 4-er Karte, 38,- € Monatskarte (übertragbar)	4,- € 4-er Karte, 25,- € Monatskarte	Es gibt einen Sozialpass „BonusCard“, der u.a. zum Kauf von ermäßigten 4-er Karten und Monatskarten berechtigt. Die Initiative „TüBus umsonst!“ fordert einen generellen Nulltarif für den ÖPNV aus sozialen und ökologischen Gründen. In der Vorweihnachtszeit 2009 gab es einige von der Stadt finanzierte Sonnabende, an denen kostenfrei gefahren werden konnte.
Weimar	1.1.2010	TH	204.000 € im Haushalt 2010	Anspruchsberechtigt sind BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, EmpfängerInnen von Leistungen nach dem SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter) und BezieherInnen von Leistungen nach dem AsylbLG.	34,- €	17,- €	Monatlich nutzen gerade 700 Menschen das Sozialticket. Es wird ein Mehrbedarf von 40.000 € prognostiziert.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Wiesbaden (kreisfreie Stadt)	12.2008	HE	Keine Zuschüsse	InhaberInnen des Sozialausweises - BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII	66,- €	45,95 €	Die Ermäßigung gilt für InhaberInnen des Sozialausweises, die älter als 14 Jahre sind. Die „Sondermonatskarte“ ist ein freiwilliges Angebot der Stadtwerke Wiesbaden für Bus und S-Bahn.
Wolfsburg	2009	NS	324.000 € sind eingestellt. Allerdings haben im ersten Halbjahr 2010 nur 638 Menschen das Sozialticket beantragt.	InhaberInnen des Sozialausweises - BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII 10.500 WolfsburgerInnen	55,- € (Abomonnats-karte)	15,- € (9 Uhr Karte)	Auf Initiative der IGM Arbeitskreis „Arbeitslos nicht wehrlos“ wurde 2009 ein Sozialticket für 15,- € eingeführt. Wolfsburgs IG Metall-Chef Frank Patta begrüßte die Entscheidung des Rates: „Ein Mobiliticket für Menschen mit wenig Geld steht Wolfsburg als sozialer Großstadt bestens zu Gesicht.“ Die SPD will die zeitliche Limitierung des Tickets aufheben.
Würzburg	1.10.2009	BY	Für das Sozialticket wurden im Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 25.000 € eingestellt.	BezieherInnen von Arbeitslosengeld II, von Grundsicherung im Alter, Erwerbsunfähige und Menschen in vergleichbar schlechter wirtschaftlicher Lage	38,85 €	Zuschuss ist variabel	Der Zuschuss kann beim Jobcenter Würzburg beantragt werden, das den Antrag prüft. Der Zuschuss wird durch das Sozialreferat der Stadt Würzburg ausgezahlt, seine Höhe ist abhängig von den Kosten einer personengebundenen Monats- oder Jahreskarte. Für das Sozialticket wurden im Nachtragshaushalt für das Jahr 2009 25.000 € eingestellt. Das Sozialticket ging aus einer Initiative der SPD im Würzburger Stadtrat hervor.
Kreis Düren (u.a. Stadt Jülich)	6.2009	NW		BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII	Je nach Kategorie: 44,90 € bis 103,30 €	15,- €	April 2009 beschloss der Zweckverband Aachener Verkehrsverbund (AVV) auf Antrag der Dürener Kreisbahn (DKB) die Einführung des Sozialtickets zum 14.6.2009 – dies wird auch 2010 fortgesetzt. Das Sozialticket gilt für alle AVV-Verkehrsmittel im Kreis Düren (inkl. der Ruhrtalbahn und der Deutschen Bahn). Es gilt eine Sperrzeit Montag-Freitag bis 9 Uhr.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Kreis Unna (umfasst die Kommunen Bergkamen, Bönen, Fröndenberg/Ruhr, Holzwickede, Kamen, Lünen, Schwerte, Selm, Unna und Werne)	12.2008 Verändert 8.2010	NW	Es werden Kosten von 270.000 € für 2010 veranschlagt. Damit sind die Zuzahlungen (2009: 590.000 €) deutlich gesunken.	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und Jugendliche die Leistungen vom Jugendamt beziehen – damit sind von ca. 400.000 Menschen im Kreis ca. 30.000 berechnete Das Ticket der Stufe A wurde im August 2010 von 1.161 Personen genutzt. Mit dem Kreisticket waren im selben Monat 1.419 Menschen unterwegs.		Stadt/Gemeinde Preisstufe 1 16,45 € Kreisgebiet Unna Preisstufe 2 26,55 €	Die Initiative ging von der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen aus. Das Sozialticket existiert in zwei Varianten. Das Ticket muss beim Jobcenter/ARGE/Sozial- bzw. Jugendamt beantragt werden. Es ist auf 50% des Normalpreises fixiert, Preissteigerungen werden synchronisiert.
Landkreis Dahme-Spreewald	2007	BB	100.000 € durch den Landkreis	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG - im Landkreis sind das ca. 13.000 Menschen.	40,70 - 128,40 €	20,30 € - 64,20 € je nach Reichweite	Gilt in Verbindung mit einer Kundenkarte, die die ARGE und das Sozialamt ausgeben. Bestandteil der Regelung sind Einzelfahrausweise und Zeitkarten in den Bussen der Regionalen Verkehrsgesellschaft Dahme-Spreewald (RVS) und der Buslinie 263 der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG). Zusätzlich gilt seit September 2008 das „Mobilitätsticket“ des Landes Brandenburg.
Landkreis Harz	5.2008	SA	Kein Zuschuss – Finanzierung durch die Busunternehmen	Der Sozial- und Familienpass wird auf Antrag ausgegeben. Antragsberechtigt sind BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG sowie Menschen mit geringen Einkommen: 1-Personenhh 899,- €, 3-Personenhh 1.487,30 €. Bis Oktober 2008 wurden im Kreis ca. 2.800 Sozial- und Familienpässe ausgegeben. InhaberInnen sind mögliche NutzerInnen der Sozialticketregelung.	Monatskarte 24,- €, Einzelfahrten 1,10 €	50% Ermäßigung, Einzelfahrten 0,60 €	Es existiert ein „Sozial- und Familienpass“, der einen umfangreichen Leistungskatalog enthält. Bestandteil sind u.a. Ermäßigungen bei folgenden öffentlichen Nahverkehrsunternehmen: Halberstädter Busbetrieb (HBB), Q-Bus Ballenstedt, Wernigeröder Verkehrsbetriebe (WVB), Halberstädter Verkehrsbetriebe (HVG). Die Ermäßigung beträgt bis zu 50%. Der Landkreis existiert seit Juli 2007. Er setzt sich aus den vormaligen Landkreisen Halberstadt, Wernigerode, Quedlinburg und der Stadt Falkenstein/Harz zusammen.

Gebietskörperschaft	Seit/Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Landkreis Teltow-Fläming (u.a. die Stadt Luckenwalde)	2008	BB	Finanzierung erfolgt über den Landkreis.	Anspruchsberechtigt sind BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII oder AsylbLG. September – Dezember 2008 wurden 162 Sozialtickets des Landes Brandenburg verkauft. 2008 wurden 500 Sozialtickets des Landkreises verkauft.		50% Ermäßigung	Durch vorzeigen einer „Kundenkarte“, die über die ARGE bzw. die Kreisverwaltung erhältlich ist, werden 50% Ermäßigung auf Einzel- und Zeitkarten gewährt. Das Sozialticket gilt nur für Buslinien der Verkehrsgesellschaft Teltow-Fläming nicht aber für Züge der DB und S-Bahn. Zusätzlich gilt seit September 2008 das „Mobilitätsticket“ des Landes Brandenburg.
Bundesland Brandenburg (u.a. die kreisfreien Städte Potsdam, Brandenburg a. d. Havel, Frankfurt a. d. Oder, Cottbus und Eberswalde)	9.2008	BB	Das Land Brandenburg kalkulierte 2010 mit 2,5 Millionen Euro Zuschüssen	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und nach dem AsylbLG. Zugangsberechtigt sind ca. 400.000 BrandenburgerInnen. Derzeit kaufen monatlich ca. 8500 Menschen das „Mobilitätsticket“ (Stand 10.2010)	AB 36,50 €, BC 35,60 €, ABC 55,- €, bis 2 Waben 40,70 €, bis 4 Waben 55,- €, bis 6 Waben 75,40 €, 1 Landkreis 77,40 €, 2 Landkreise 87,60 €, 3 Landkreise 128,40 €		Eine Initiative bestehend aus Arbeitslosenverband, Gewerkschaften, Volkssolidarität, Grüne Liga, BUND und DIE LINKE erzeugte mittels eines Volksbegehrens den notwendigen politischen Druck. Das „Mobilitätsticket“ ermöglicht 50% Ermäßigung gegenüber dem Preis einer normalen Umweltkarte im Verkehrsverbund Berlin Brandenburg (VBB). In vielen Regionen mit geringer Busfrequenz nutzen wenige Menschen ein Monatsticket, hier sollen nach Forderungen der Initiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ auch ver günstigste Einzel-, Tages- und Wochenfahrtscheine angeboten werden.
Tarifgebiet des Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)	Ab 6.2011	NW	30 Millionen Euro aus Landeszuschüssen	Es sind schätzungsweise 1,14 Millionen Menschen bezugsberechtigt. Es wird in einem Marktforschungsbericht mit 290.000 NutzerInnen des Sozialtickets gerechnet.	Kategorie A2 59,05 €	22,50 €	Nach Brandenburg wird 2011 mit dem VRR eine weitere große Region, diesmal durch ein Tarifverbund in einem Flächenland mit einem Sozialticket ausgestattet.

Ratsbeschlüsse zur Einführung eines Sozialtickets

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Bochum (kreisfreie Stadt)	Ratsbeschluss 6.2008	NW	Die Grünen rechnen mit einer Haushaltsbelastung der Stadt von 3 Mio. €.		56,- €	15,- €	Der Rat der Stadt hat sich im Juni 2008 für ein Sozialticket innerhalb des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) ausgesprochen. Die Grünen unterstützen die Einführung – weisen aber auf die schwierige Finanzsituation der Stadt hin und fordern eine Lösung innerhalb des gesamten VRR. Die CDU-Mehrheit in den Gremien des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) verhindert bzw. erschwert die Einführung. März 2009 sprach sich die Oberbürgermeister Scholz (SPD) gegen ein kurzfristiges Sozialticket aus.
Dresden	Ratsbeschluss am 6.5.2010	SN					Mit 37 Ja-Stimmen hat der Dresdner Stadtrat am 6.5.2010 die Weichen für die Einführung eines Schüler- und Sozialtickets gestellt. Zum aktuellen Stand siehe (Sozialticket in Dresden, auf Seite 15).
Eisenach (kreisfreie Stadt)	Ratsbeschluss 2007	TH		Der existierende Sozialpass steht ca. 5.000 Menschen der Stadt zu – sie könnten das Sozialticket nutzen. Uwe Schenke (Sozialausschussvorsitzender im Stadtrat, DIE LINKE) geht von ca. 1.500 NutzerInnen aus.	32,- €	18,- €	In der Stadt existiert bereits ein Sozialpass. Februar 2007 beschloss der Stadtrat ein „Leitbild für die Stadt Eisenach“. Darin enthalten sind „15 Goldene Regeln“ und ein Maßnahmenkatalog. In dem Maßnahmenkatalog ist mit Bezugnahme auf die Stadt Erfurt die Einführung eines Sozialtickets enthalten. Die Kommunale Personennahverkehrsgesellschaft Eisenach (KVG) argumentiert mit fehlenden finanziellen Mitteln gegen das Sozialticket. Die Umsetzung des Ratsbeschlusses verzögert sich aufgrund der ablehnenden Haltung des Wartburgkreises, der ebenfalls der kommunalen Personennahverkehrsgesellschaft angehört.
Essen	Ratsbeschluss 2008	NW					Der Sozialausschuss in der Stadt Essen hat in seiner Sitzung am 18.11.2008 dem Rat empfohlen, den auf Initiative der GRÜNEN und der CDU vom Oberbürgermeister Dr. Reiniger vorgelegten Beschluss zur Einführung eines Sozialtickets zuzustimmen. Die Kosten sollten sich auf 27,80 € belaufen. Der folgende Ratsbeschluss wurde durch den Regierungspräsidenten Düsseldorf mit Blick auf die Haushalts-situation der Stadt beanstandet und auf Eis gelegt. Ab Juni 2011 gilt das Sozialticket des VRR.
Fürth (kreisfreie Stadt)	Ratsbeschluss und Initiative „Fürther Sozialforum“	BY			53,20 €	Laut Beschluss 18,- € unter Finanzierungs-vorbehalt	Die Initiative fordert ein Sozialticket für ca. 11 €. Stadträte, Gewerkschafter und Dekane unterstützen die Forderung, machen aber die Unterstützung aller Städte im regionalen Verkehrsverbund zur Voraussetzung (z.B. Nürnberg, Erlangen). Vgl. Metropolregion Nürnberg-Erlangen-Fürth (Seite 49).

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Zuschuss	Personenkreis	Normaltarif/Monat	Sozialtarif/Monat	Bemerkungen
Hildesheim (Kreisstadt)	Ratsbeschluss 5.2006 mit Prüfungsauftrag für die Verwaltung	NI			50,- €		Auf Antrag der Grünen beschloss der Rat Mai 2006: Der Rat spricht sich für die Einführung eines Sozialtickets im Netz des Stadtverkehrs Hildesheim (SVHi) aus, das nicht teurer als das Seniorenticket (36,- €) sein soll. Die SVHi wird gebeten, die Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen.
Herne	Ratsbeschluss 2008	NW					Der Stadtkämmerer Peter Bornfelder hat die Umsetzung dieses Beschlusses im Hinblick auf die Finanzlage zurückgewiesen.
Lübeck	Ratsbeschluss 2.2010	SH	Ca. 1,8 Mio. € werden prognostiziert (DIE LINKE kalkuliert mit 800.000 €)	32.800 Bezugsberechtigte	ca. 60,- € Gesamtgebiet	32,50 €	Im Februar 2010 beschloss die Ratsfraktionen von SPD, Grüne und LINKE eine Bezeichnung von 15,- € pro Ticket. Der Lübecker Haushalt wurde vom SH-Innenministerium nicht gebilligt. Momentan sind die Pläne auf Eis gelegt.
Schwabach (Gemeinde)	Ratsbeschluss 5.2010	SL					Im Mai 2010 fassten die Fraktionen von SPD und LINKE einen Beschluss zur Einführung eines Sozialpasses, der nach der LINKEN auch Vergünstigungen im ÖPNV vorsehen soll. Die Ausgestaltung des Passes in den Ratsausschüssen ist noch nicht abgeschlossen.
Wolfsburg (kreisfreie Großstadt)	Ratsbeschluss 3.2009	NI		Beziehende von Leistungen nach SGB II und Wohngeldberechtigte	55,- €	Erwachsene: 15,- € Schüler: 10,- €	Mai 2008 forderte DIE LINKE ein „Mobilitätsticket“. Juni 2008 forderte die SPD-Fraktion ebenfalls ein „Mobilitätsticket“. Die Wolfsburger Verkehrsgesellschaft (WVG) beratschlagte über die Finanzierung. Im März 2009 folgte dann der Ratsbeschluss für das Mobilitätsticket in der Stadt.

Parlamentarische und außerparlamentarische Initiativen zur Einführung eines Sozialtickets (geordnet nach Stadt, Kreis, Landkreis, Bundesland, Tarifverbände)

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Aachen (kreisfreie Stadt)	Initiative seit 3.2005, Umsetzung ab 1.2011	NW	-„Unabhängige Interessengemeinschaft Arbeitsloser und sozial Benachteiligter in Aachen“ seit 2005 Kontakt: s_wachowitz@gmx.de - DIE LINKE Aachen: andreas.mueller@linkspartei-aachen.de - Franz Voigt: franzvoigt@web.de	-„Unabhängige Interessengemeinschaft Arbeitsloser und sozial Benachteiligter in Aachen“ seit 2005 Kontakt: s_wachowitz@gmx.de - DIE LINKE Aachen: andreas.mueller@linkspartei-aachen.de - Franz Voigt: franzvoigt@web.de	Die Initiative setzt sich für ein Sozial-/Mobilitätsticket zum Preis von 18,- € im Monat ein. U.a. wurde ein Antrag beim Sozialausschuss der Stadt Aachen gestellt.
Ahaus (mittlere kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Borken: info@die-linke-kreisverband-borken.de	DIE LINKE fordert ein Sozialticket – zunächst als zweijährigen Modellversuch mit der Westfalen Bus GmbH und dem Regionalverkehr Münsterland (RVM). Das Ticket soll max. 15,- € im Monat kosten.
Augsburg (kreisfreie Stadt)	Initiative	BY	28.200 Bezugsberechtigte	Augsburger Armutskonferenz: anne-gueller-frey@tuerantuer.de	März 2009 legte die „Augsburger Armutskonferenz“ den 5. Armutsbericht der Stadt vor, und forderte die Einführung eines „Augsburger Passes“ und eines Sozialtickets, das nicht mehr als 14,- € im Monat kosten soll. Veranstalter der „Augsburger Armutskonferenz“ sind u.a. Caritas, Diakonie, Sozialverband VdK und DGB. Die Jusos fordern ein Sozialticket bis max. 20,- €.
Bielefeld (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Forderung: InhaberInnen des Bielefeldpasses (ALG-II- Beziehende und ihre Familienangehörigen, GeringverdienerInnen, RentnerInnen mit einem Einkommen, das bis zu 10% über dem Regelsatz von Hartz IV liegt, BezieherInnen von Leistungen nach SGB XII und AsylBLG. Darüber hinaus soll die Anfahrt zur Schule für SchülerInnen und Auszubildende immer auch kostenfrei sein.	- Bündnis für ein Sozialticket im Bielefelder Sozialbüro e. V. Oelmühlenstr. 57, 33602 Bielefeld sozialticket-bielefeld@gmx.de - DIE LINKE: ralf.formanski@dielinke-bielefeld.de	Forderungen des Bündnisses: - Der Preis für das Ticket darf nicht höher als der Anteil für Mobilität im Hartz IV Regelsatz sein. - Der Ticketverkauf soll unbürokratisch und analog des ansonsten üblichen Verfahrens diskriminierungsfrei als Monatskarte organisiert werden. - Die Nutzungsmöglichkeit soll rund um die Uhr gegeben sein. - Ein Sozialticket in Bielefeld verstehen wir als 1. Schritt für überregionale Lösungen.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Bochum	Initiative seit 2008 ¹	NW	Schätzungsweise 38.600 Bezugsberechtigte	<ul style="list-style-type: none"> · www.sozialforum-bochum.de; · sozialticket@sozialforum-bochum.de 	Die Initiative für ein Sozialticket in Bochum besteht seit 2008 und hat eine Vielzahl an BündnispartnerInnen vereint. Getragen wird die Kampagne u.a. vom DGB, attac, Grüne, DIE LINKE, SPD, IGM, Soziales Zentrum Bochum, DKP und dem AStA der Uni Bochum. Der „Ratschlag Sozialticket“ hat bereits drei Mal stattgefunden.
Bottrop (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Die Kalkulation geht von 13.000 Anspruchsberechtigten aus, von denen ca. 3.200 das Ticket nutzen würden.		Im September 2008 brachte die SPD-Fraktion einen Antrag auf ein Sozialticket in die Ratssitzung ein. Darin forderte sie die Einführung für das gesamte Tarifgebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Falls dies scheitert, sollte die Verwaltung eine separate Regelung für Bottrop erarbeiten. Im Frühjahr 2009 lehnte dann der Oberbürgermeister Noetzel (SPD) ein Ticket nur in Bottrop aus finanziellen Gründen ab. Die Kalkulationen gingen von einem Sozialticket für 15,- bis 25,- € im Monat aus. Die Stadtverwaltung beziffert die Kosten auf mindestens 1,3 Mio. € in 2009 und auf ca. 2 Mio. € in 2010.
Bremen (Hauptstadt des Landes, Freie Hansestadt Bremen)	Initiative	HB	Ca. 85.000 Menschen können das Sozialticket nutzen	<ul style="list-style-type: none"> · DIE LINKE Bremen: info@dielinke-bremen.de, · Klimaplenum Bremen: klimaplenum-bremen@gmx.de 	Ab Januar 2011 wird es ein Sozialticket im Verbund der VRR geben. DIE LINKE in der Bürgerschaft argumentiert nicht ökonomisch sondern ökologisch - Umstieg auf und Ausbau des ÖPNV. Die Fraktion hat im Oktober 2007 einen Antrag in der Bürgerschaft zur Einführung des Sozialtickets gestellt. Innerhalb der LINKEN in Bremen gibt es eigens eine AG „Sozialticket“. Seit 2008 gibt es eine Postkartenaktion der LINKEN mit Unterschriftensammlung für ein Sozialticket. Das Sozialticket soll nicht mehr als 15,- € im Monat kosten. Das Klimaplenum Bremen fordert die entgeltfreie Nutzung von Bus und Bahn im Bremer Stadtverkehr. Am 16.5.2009 veranstaltete das Klimaplenum einen „Bremer Umsonstfahrttag“, um auf seine Forderung aufmerksam zu machen.
Castrop Rauxel (Große Kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW		j.beineke@t-online.de	Seit Januar 2010 gibt es ein „Sozialticket“ (NP 47,- €) (für 29.95 € als Modelprojekt von 2 Jahren eingeführt).

¹ Mit der Einführung des SozialticketS im Verkehrsverbund Rhein Ruhr (VRR) ab 6/2011 wird zu prüfen sein, was dies für die verschiedenen lokalen Initiativen zur Einführung von Sozialtickets in NRW heißt.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Chemnitz (kreisfreie Stadt)	Initiative	SN	Laut Stadträtin Christine Pastor (DIE LINKE) sind 2008 in Chemnitz ca. 30.000 Menschen unmittelbar von Hartz-IV betroffen, dazu kommen LeistungsbezieherInnen nach SGB XII und Asylbewerbergesetz. Sie könnten ein Sozialticket nutzen.	DIE LINKE Chemnitz: <i>linke.Fraktion@stadt-chemnitz.de</i>	Die Initiative existiert seit 2005. Eine Forderung auf der 53. Chemnitzer Montagsdemonstration im September 2005 war ein bezahlbares Sozialticket für den ÖPNV. Ein Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat zur Einführung des Sozialtickets wurde im September 2008 mit der Begründung abgelehnt, dass dies 2,8 Mio. € Mehrkosten für den städtischen Haushalt bedeute.
Coesfeld	Initiative	NW	8.962 BezieherInnen nach SGB II und SGB XII	<i>info@die-linke-muenster.de</i>	Die LINKE fordert für den Kreis Coesfeld für jeden Hilfebedürftigen im Kreis, die/der unterhalb der Armutsgrenze liegt, ein Sozialticket von 15,- €.
Darmstadt (kreisfreie Stadt)	Initiative	HE		DIE LINKE Darmstadt, Frank Gerfelder-Jung: <i>frank-gerfelder@t-online.de</i> <i>info@akoplan.de</i>	Die Initiatoren der Aktivitäten sind der GALIDA (Gewerkschaftliche Arbeitsloseninitiative Darmstadt), die Darmstädter Sozialhilfegruppe und der ver.di Bezirksarbeitslosenarbeitsausschuss Südhessen.
Dortmund	Initiative	NW			Das Sozialforum Dortmund hat mit sehr intensiver und vielfältiger Arbeit ein Sozialticket erstritten. Dabei wurde eine umfangreiche Dokumentation rund um das Thema Sozialtickets angelegt: http://agora.free.de/sofodo/themen/do-spez-1/sozialticket . Nach dem zweijährigen Modellversuch eines Sozialtickets für 15,- € wurde das Sozialticket faktisch abgeschafft und ist nun zum Preis von 30,- € erhältlich.
Dresden (Landeshauptstadt, kreisfreie Stadt)	Initiative „Dresdner Initiative für ein Schüler- und Sozialticket“	SN	In Dresden gibt es derzeit ca. 60.000 Berechtigte für den Sozialpass „Dresden-Pass“ - ca. 12.000 Menschen nutzen diesen. Ca. 3.000 Menschen nutzen derzeit die 9,- € Wertmarke für den ÖPNV, die es im Zusammenhang mit dem Sozialpass gibt.	· DIE LINKE Dresden (Ute Bortlik) <i>sozialticket-dresden@grueneliga.de</i> , <i>www.sozialticket-dresden.de</i>	Die Initiative ist ein breites Bündnis bestehend aus DIE LINKE, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DGB, Dresdner Tafel, Grüne Liga, „Bürgerinitiative gegen Sozialkahltschlag und Nationalismus“ u.a. Die Initiative fordert einen „Dresden Mobilpass“. Im Dezember 2007 gab es einen interfraktionellen Antrag im Stadtrat unter Federführung der LINKEN. Der Antrag ist gescheitert. Es wurde lediglich eine Marktstudie beschlossen. Bis Ende April 2009 wurden 20.000 Unterschriften für das Sozialticket gesammelt. Seit Mai 2009 gibt es alternativ zur Wertmarke, die jetzt 9,- € beträgt, das „Dresden-Pass-Abo“. Bei Bestätigung durch das Sozialamt wird eine Ermäßigung nun direkt verrechnet. Mit der Wertmarke kostet die Monatskarte anstatt 46,- € dann 38,- €.
Duisburg (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Laut LINKE gibt es 80.000 BürgerInnen in der Stadt, die ein Sozialticket nutzen könnten.	DIE LINKE Duisburg: <i>kreisverband@dieinke-du.de</i>	Im Frühjahr 2008 gab es einen Antrag der LINKEN und der SPD im Stadtrat auf Einführung eines Sozialtickets für max. 15,- € im Monat. Es wurden mehr als 9.000 Unterschriften für ein Sozialticket in Verbindung mit dem „Duisburg-Pass“ („DU-Pass“) gesammelt. CDU und Grüne lehnten im Stadtrat das Sozialticket ab. Der DGB unterstützt die Forderung nach einem Sozialticket in der Stadt. Ab 2011 gilt das Sozialticket des VRR.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Düsseldorfer (Landeshauptstadt, kreisfreie Stadt)	Initiative „Initiative für ein Sozialticket in Düsseldorf“	NW	DIE LINKE im Stadtrat geht von bis zu 25.000 NutzerInnen aus. In der Stadt sind ca. 50.000 BürgerInnen sozialpassberechtigt - von ihnen besitzen ca. 30.000 den Sozialpass (noch ohne ÖPNV Vergünstigung).	„Initiative für ein Sozialticket in Düsseldorf“: www.sozialticket-duesseldorf.de , http://www.mittwochsfuehstueck.de , info@dielinke-duesseldorf.de	Die Initiative besteht aus sozialen Einrichtungen, Betroffeneninitiativen und Einzelpersonen. Verschiedene Anträge der Ratsfraktionen der LINKEN, der Grünen und der SPD sind an der Ablehnung von CDU und FDP gescheitert. DIE LINKE fordert ein Sozialticket für 10,- €. Auch das Diakonische Werk fordert ein Sozialticket. Es gibt u.a. eine Postkartenaktion. Im Februar 2009 startete die Obdachloseninitiative „fifty-fifty“ - ein Modellprojekt (bis zum Sommer 2009), in dem sie die Finanzierbarkeit des Sozialtickets durch die Stadt belegen will: alle 1.500 registrierten VerkäuferInnen von „fifty-fifty“ können ein Monatsticket (Preisstufe A, Sperrzeit bis 9 Uhr) der Rheinbahn für 15,- € statt für 44,40 € bekommen. Die Differenz sponsert „fifty-fifty“. Es fanden 2009 und 2010 eine Vielzahl von Aktionen und Veranstaltungen statt, mit denen das Bündnis Druck für ein Sozialticket aufgebaut hat.
Erlangen		BY		Michael Prinzinger, Atzelsberger Steige 8, 91054 Erlangen; Tel. 0 91 31 / 8 10 48 64, www.erlanger-sozialforum.de , www.sozialticket-erlangen.de , www.buendnis-sozialticket.de	Im Rahmen der Kampagne für ein Sozialticket für die Metropolregion finden auch in Erlangen diverse Aktionen statt. Beispielsweise eine Demonstration im Oktober 2009.
Essen (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Essen: kontakt@dielinke-essen.de	Die Ratsfraktion DIE LINKE/DKP/AUF stellte schon im Februar 2008 einen Antrag im Stadtrat. Der DGB hat diese Initiative unterstützt. Ein Ratsbeschluss zur Einführung zum März 2009 wurde kurzfristig von Oberbürgermeister Wolfgang Reiniger (CDU) und vom Stadtrat abgesetzt. Der Düsseldorf-er Regierungspräsident Jürgen Büssow (SPD) hatte Vorbehalt angekündigt, da das Ticket den städtischen Haushalt belastet. Geplant war die Einführung eines Sozialtickets für 27,80 € (Erwachsene) bzw. 19,50 € (Jugendliche) im Monat. DIE LINKE fordert ein Sozialticket für max. 15,- € im Monat, ermäßigte 4er Tickets und einen Sozialpass als Trägerkarte. Ab Juni 2011 wird ein Sozialticket für den VRR eingeführt.
Esslingen	Initiative	BW		Rainer Hauenschild, Richard-Wagner-Straße 13, 73207 Plochingen E-Mail: rainer-hauenschild@t-online.de	Sozialticket Initiative DIE LINKE. Kreisverband Esslingen. Der Antrag auf die Einführung eines Sozialtickets für Bus und Bahn für den Landkreis Esslingen wurde vom Kreistag des Landkreises Esslingen an die VVS Tarifkommission weiter geleitet. Zum Antrag an den Kreistag: Landrat Eininger wollte zunächst das Thema Sozialticket abschmettern, jedoch kam von den Grünen und den Freien Wählern ein positives Zeichen nach dem Motto: „Wir dürfen das Sozialticket nicht unter den Tisch fallen lassen, vielleicht bekommen wir ja noch weitere Personen in den Nahverkehr“. Das Sozialticket wird nun nicht nur für den Landkreis Esslingen sondern auch für die Regionen Rems-Murr, Ludwigsburg, Stuttgart und Böblingen gefordert.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Freiburg i. Breisgau (kreisfreie Stadt und Region)	Initiativen seit 2005, derzeit „Runder Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“	BW	Momentan haben 16 698 Menschen Anspruch auf den „Freiburg-Pass“. Sie könnten das Sozialticket nutzen.	„Runder Tisch zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg“, Martin Klaus: <i>runder-tisch-freiburg@web.de</i>	Die Initiative fordert ein Sozialticket für Bus und Bahn für Freiburg und die Region für 18,- € im Monat. Eine Regio-Monatskarte kostet derzeit 45,50 €. Das Sozialticket soll an den Sozialpass gebunden sein. Die Initiative findet u.a. beim DGB und kirchlichen Einrichtungen Unterstützung. Der Gemeinderat wollte sich noch 2010 mit der Frage Sozialticket befassen. Dies geschah anhand eines Mobilitätsgutachtens (Fa. INFAS), das 2009 beschlossen und Sommer 2010 erstellt wurde (es wurde bis Ende November 2010 bei der Verwaltung unter Verschluss gehalten). Im Frühjahr 2011 wird die Initiative eine Auseinandersetzung um die Studie fortführen.
Gelsenkirchen (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Gelsenkirchen: <i>dieleinke.gelsenkirchen@arcor.de</i>	Ähnliche Situation wie in der Stadt Bochum: SPD, Grüne und DIE LINKE/AUF haben im September 2008 einen Ratsbeschluss zur Einführung auf der Ebene des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR) durchgesetzt. Eine Initiative vereint dabei das Industrie- und Sozialpfarramt des Kirchenkreises, den ver.di-Erwerbslosenausschuss und weitere Gruppen. 2008 fand eine Aktion „Schwarz fahren“ von Erwerbslosen zur Durchsetzung des Sozialtickets statt. Ab 2011 wird ein Sozialticket im VRR eingeführt.
Gera	Initiative	TH		Initiative für soziale Gerechtigkeit Gera DGB, Berliner Str. 147-149, 07545 Gera <i>www.isg-gera.de.vu</i>	Aus dem Aufruf: „Mobilität für Alle lautet die Forderung, denn Mobilität ist ein soziales Grundrecht und nicht Privileg für den Teil der Bevölkerung, der dafür bezahlen kann.“ Orientiert werden soll sich an dem Regelsatz Mobilität bei Hartz IV. UnterzeichnerInnen aus verschiedenen Parteien (DIE LINKE, SPD, CDU), außerparlamentarischen Gruppen, Sozialverbänden und Gewerkschaften fordern die Einführung eines Sozialtickets, Die DKP-Ratsfraktion setzt sich für das Sozialticket ein und sammelt seit September 2008 Unterschriften. Sozialdezernent Rainer Weichelt sagte September 2008: „Die Stadt wird das Sozialticket-Thema und die Beratungen auf VRR-Ebene aufmerksam beobachten.“ Der Grünen Fraktionschef Mario Herrmann begrüßte die Einführung des VRR-Sozialtickets und kritisierte die Presseerklärung der Jungen Union, die behauptete, die Preiserhöhungen im VRR 2011 stünden im Zusammenhang mit dem Sozialticket.
Gladbeck (große kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW		DKP-Ratsfraktion Gladbeck: <i>dkp-gladbeck@arcor.de</i>	

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Göttingen (Kreisstadt)	Initiative	NI		Das Sozialforum Göttingen hat sich aufgelöst	1.2004 forderten Göttinger Erwerbslose ein Sozialticket für öffentliche Einrichtungen und Verkehrsmittel. 2008 wurde aus Kritik an der Sozialpolitik und dem ausbleibenden Sozialticket ein „goldener Kackhaufen“ an den Oberbürgermeister Meyer verliehen. 2009 wurde die „Sozialcard“ eingeführt, auf der jedoch keine Vergünstigungen für Erwachsene im ÖPNV vorgesehen sind.
Gütersloh (Kreisstadt)	Initiative	NW	Laut Antrag der Grünen Berechnung von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG		2.2009 Antrag der Ratsfraktion der Grünen: die Verwaltung der Stadt solle Verhandlungen mit den Stadtwerken Gütersloh für ein Sozialticket aufnehmen (zunächst als Modellversuch für 2 Jahre), für das Erwachsene 15,- € und Jugendliche 10,- € im Monat zahlen sollten. Der städtische Haushalt sollte dabei nicht belastet werden.
Halle (kreisfreie Stadt)	Initiative	SA	Berechtigte von Leistungen nach SGB II oder vergleichbarer staatlicher Hilfen zum Lebensunterhalt	DIE LINKE Halle: info@dielinke-halle.de Im Oktober 2010 wollte sich eine Bürgerinitiative gründen. AnsprechpartnerInnen sind vorerst: Ute Haupt: Ute.Haupt@halle.de 03 45 / 2 2 1-30 56, Wolfgang Geutijes: wgwizard59@googlemail.com , 03 45 / 6 85 45 37	September 2007 Antrag DIE LINKE im Stadtrat. Modifizierter Beschluss – die Oberbürgermeisterin Dagmar Szabados (SPD) wurde mit der Vorbereitung und Umsetzung eines Sozialtickets zum Januar 2008 beauftragt. Der Antrag ist in die entsprechenden Ausschüsse und in den Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe verwiesen worden – ein Beschluss wurde aber mit Hinweis auf die Belastung des Haushalts bisher nicht gefasst. DIE LINKE hält an einem Sozialticket (nach dem Modell Leipzig) fest. Eine Monatskarte kostet derzeit 44,50 € - das Sozialticket soll max. 18,40 € im Monat kosten. Anlässlich einer weiteren Preiserhöhung im August 2010 forderte Uwe Heft (DIE LINKE) die Möglichkeit einer sozialen und kulturellen Teilhabe durch kostengünstigen ÖPNV.
Herne (kreisfreie Stadt)	Initiative „Herne Sozialforum - Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“	NW		Herne Sozialforum: norbert.arndt@verdi.de , DIE LINKE Herne: vorstand@dielinke-herne.de	8.2007 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung, das Sozialticket zu prüfen. Februar 2008 lehnte der Stadtrat das Sozialticket ab – eine Lösung sei nur im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) möglich. Kämmerer Peter Bornfelder sieht für Herne kein Sozialticket, da es eine „klassische freiwillige Leistung“ sei, die sich die Haushaltssicherungsmeinde nicht erlauben könne. Die Fraktionssprecher Frank Dudda (SPD), Rolf Ahrens (Grüne) teilten diese rechtliche Einschätzung und verweisen auf eine Lösung im VRR. Verdi, DGB und DIE LINKE fordern das Sozialticket. Die Initiative hat September 2008 beschlossen, verstärkt Unterschriften zu sammeln. Ab 6.2011 gilt das Sozialticket im VRR.
Herten (große kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Herten: info@dielinke-herten.de	Im 1.2009 regte DIE LINKE die Einführung eines Sozialtickets für den ÖPNV in Herten an. Der Rat solle sich bei den entsprechenden Gremien für ein Sozialticket für Beziehende von Leistungen nach SGB II und SGB XII für 15,- € im Monat einsetzen. Derzeit gibt es den Sozialpass „Hernten-Pass“ ohne Vergünstigung im ÖPNV.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Iserlohn (große kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW	Ca. 4.000 Bürgerinnen und Bürger könnten das Sozialticket nutzen	Friedensplenum Iserlohn: info@irisulula.de , Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion im Rat der Stadt Iserlohn, Schillerplatz 7, 58636 Iserlohn, 0 23 71 / 2 17-10 95, fraktion@gruene-iserlohn.de dielinkeitzehoe@aol.com	Ein Antrag der Ratsfraktionen Bündnis 90/Die Grünen und SPD im Sozialausschuss wurde mit der Begründung zu hoher Belastung des kommunalen Haushaltes abgelehnt. Im August 2008 regte Andreas Seckelmann („Friedensplenum“) gegenüber dem Rat der Stadt die Einführung eines Sozialtickets auf der Grundlage eines Antragsentwurfs des „Friedensplenums Iserlohn“ an (vgl. Märkischer Kreis).
Itzehoe	Empfehlung Sozialausschuss	SH		dielinke@gemeinderat.karlsruhe.de	Der Sozialausschuss empfahl den Fraktionen auf Initiative der LINKEN eine Befassung mit dem Sozialpass mit integrierter ÖPNV-Ermäßigung (3.3.2010). Die Einführung eines Sozialpasses wurde jedoch abgelehnt. DIE LINKE kommentierte dies: „Die Ratsversammlung in Itzehoe hat den Sozialpass im Ausschuss für Soziales zweiter Klasse beerdigen lassen. Eigennutz geht hier offensichtlich vor sozialer Verantwortung.“ 2010 wurde der Karlsruhe Pass eingeführt. Dieser wird vom Jugendfreizeit- und Bildungswerk (jfbw) des Stadtjugendausschuss ausgegeben. Er beinhaltet seit Oktober 2009 wieder ein Sozialticket zum halben Normalpreis. Der Vorschlag kam von SPD und Grünen. Die LINKE forderte eine stärkere finanzielle Beteiligung der Stadt. Die Jusos Karlsruhe forderten ein Sozialticket zum Preis von 20,- €.
Karlsruhe (Stadtkreis)	Initiative	BW	Bezugsberechtigte sind alle BezieherInnen von ALG II oder Grundversicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung (Leistungen nach SGB II, SGB VIII oder SGB XII), Wohngeld oder Kinderzuschlag ab 16 Jahre mit Wohnsitz in Karlsruhe Stadt.		
Kiel (kreisfreie Stadt, Landeshauptstadt)	Initiative	SH		DIE LINKE Kiel: info@dielinke-kiel.de AnsprechpartnerInnen der Kieler Kinderarmutskonferenzen: <i>Jana Dümmling: duemling@drk-kiel.de, Björn Thoroe: piratikus@gmx.de, Kindercafé Kiel: info@kindercafe-kiel.de, SSW: antje.danker@web.de</i>	Im März 2009 lehnte Oberbürgermeisterin Angelika Volquartz (CDU) mit der FDP ein Sozialticket aus Kostengründen ab. SPD, Bündnis 90/Grüne, SSW und DIE LINKE sind für das Sozialticket. Die „Kieler Kinderarmutskonferenz“ fordert ebenfalls ein Sozialticket. Im Januar 2010 wurde der Kiel-Pass eingeführt, über den einige kulturelle Vergünstigungen möglich sind. Momentan wird geprüft, wie teuer eine ÖPNV-Vergünstigung werden würde. In dem Antrag von Michael Schmalz (SPD), Sharif Rahim (Grüne) und Antje Danker (SSW) hieß es: „die Ermäßigungen der verschiedenen Kultur-, Sport- und Freizeiteinrichtungen laufen ins Leere, wenn die Fahrt zu diesen Einrichtungen von den Berechtigten nicht bezahlt werden“ kann.
Koblenz		RP	BürgerInnen, welche Leistungen nach SGB II und SGB XII erhalten	fraktion.spdinfo@stadt.koblenz.de	Im November 2007 brachte die SPD Koblenz einen Antrag auf ein Sozialticket in den Rat ein, es wurde jedoch abgelehnt.
Krefeld (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Krefeld: heidrun@vdstueck.de Kreiverband Grüne Krefeld: Roßtrasse 200, 47798 Krefeld; Tel.: 02 15 1 / 77 73 44) gruenekrefeld@web.de , www.gruene-krefeld.de	Die Grünen stellten 2008 einen Antrag zur Einführung des Sozialtickets im VRR – notfalls auch auf kommunaler Ebene (vgl. Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR)). Dies wird von der CDU-FDP Mehrheit abgelehnt, SPD und Freie Wähler enthalten sich.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Leipzig	Initiative „Leipzig hat ein Sozialticket“	SN	Ca. 80.000 Berechtigte bei über 500.000 EinwohnerInnen; monatlich über 17.000 NutzerInnen	www.sozialticket-leipzig.de, Petra Weißfuß: Tel./Fax: 03 41 / 4 11 64 24, P.Weissfuss@t-online.de	Auch nach der Einführung eines Sozialtickets in der Stadt Leipzig unterstützen Gewerkschaften, Verbände, Vereine die Forderung zum Erhalt des Sozialtickets. Darüber hinaus besteht eine konstruktive Konsultation mit der Stadtverwaltung und den Leipziger Verkehrsbetrieben. Die Initiative betreibt eine Internetseite mit einer ausführlichen Materialsammlung: www.sozialticket-leipzig.de. Der Normaltarif beträgt seit August 2009 (Einf. des Sozialtickets) 52,-€; mit 26,-€ wurde die 50% Ermäßigung fixiert. Die SPD forderte im Januar 2010 eine zweijährige Erprobungsphase für ein Sozialticket. Im März wurde dieser Antrag von der Koalition aus CDU, Grüne und FDP abgelehnt. Die Koalition beschloss ein „Prüfantrag“ an die Verkehrsbetriebe VRs.
Leverkusen		NW		SPD Fraktion Leverkusen: Dhünnstraße 2b, 51373 Leverkusen, fraktion@spd-leverkusen.de, Tel: 02 14 / 4 75 73, Fax: 02 14 / 3 10 50 46, www.spd-leverkusen.de	
Ludwigshafen (kreisfreie Stadt)	Initiative	RP		DIE LINKE Ludwigshafen: kreisvorstand@die-linke-lu.de, Jusos Ludwigshafen: www.neusauslu.de, Arbeiterwohlfahrt Pfalz: Tel: 06 32 1 / 39 23 - 0, Fax: 06 32 1 / 39 23 - 39; info@awo-pfalz.de, www.awo-pfalz.de	2.2009: die Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Metropolregion Rhein-Neckar (u.a. Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen) forderte wiederholt ein Sozialticket im ÖPNV für ca. 17,- € im Monat. Ihre Argumentation: Mehreinnahmen durch NeukundInnen. 2008 brachte die SPD-Fraktion im Stadtrat einen Antrag für ein Sozialticket für zunächst zwei Jahre ein. DIE LINKE unterstützt das Sozialticket.
Lüneburg (Kreisstadt)	Initiative	NI	Die Sozialcard können alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt Lüneburg erhalten, die Leistungen nach SGB II (Grundsicherung für Arbeitssuchende inkl. AufstockerInnen), SGB XII (Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Hilfe zum Lebensunterhalt), AsylbLG, BaföG oder WoGG beziehen. Im begründeten Einzelfall kann auf Nachweis auch ein abweichender Härtefall geltend gemacht werden.	DIE LINKE Lüneburg: linksfraktion.lueneburg@online.de	2007 stellte die DIE LINKE im Stadtrat einen Antrag für einen Sozialausweis, 2010 wurden diese Vorschläge konkretisiert. Eine Sozialcard soll zu folgenden Konditionen ausgegeben werden: · Die Sozialcard wird kostenfrei ausgegeben und beinhaltet eine Eintrittsermäßigung zunächst in der Höhe der bisher gewährten Ermäßigungen in den Hallen- und Freibädern, in Museen im Theater, der Volkshochschule sowie weiteren geeigneten kommunalen Einrichtungen. · Wer das Mobilitätsangebot nutzen möchte und die Bedingungen erfüllt, kann für 15,- € pro Monat eine erweiterte Sozial- und Mobilitätscard erhalten, die zusätzlich zum Angebot eine Monatsfahrkarte mit dem Lüneburger Stadtbuss enthält. · Kinder und Jugendliche von Eltern, die die Bedingungen erfüllen, erhalten kostenlosen Eintritt in Frei- und Hallenbädern, in Museen und im Theater.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Mannheim (Kreisstadt)	Initiative	BW		Linke Liste Mannheim: <i>gudrun.kuch@lilli-mannheim.de</i> , Arbeiterwohlfahrt: <i>info@awo-mannheim.de</i>	2.2009: die Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Metropolregion Rhein-Neckar (u.a. Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen) forderte wiederholt ein Sozialticket im ÖPNV für ca. 17,- € im Monat. Ihre Argumentation: Mehreinnahmen durch NeukundInnen. Der SPD-Ortsverband unterstützt diese Forderung. Dezember 2008: die Grünen im Gemeinderat forderten gegenüber der CDU und SPD eine Erweiterung des Sozialpasses um ein Sozialticket. In Mannheim existiert bereits ein „Maxx-Ticket“: Kinder und Jugendliche, die Sozialhilfe oder Hartz IV bekommen und weiter als drei Kilometer von der Schule entfernt wohnen, erhalten ein Monatsticket für 8,- € bzw. 11,- € anstatt 45,- €. Stadträtin Gudrun Kuch (Linke Liste Mannheim, LiLiMa) forderte 2008 wiederholt einen Sozialpass mit Sozialticket für den Personenkreis, der unter die Prädungsgrenze fällt. Das Ticket soll 15,- € im Monat in der Großwabe Mannheim kosten.
Markleeberg (Große Kreisstadt im Landkreis Leipzig)	Initiative	SN		„Markleeberg muss leben“, Ingo Brinksmeier: <i>aktionsbuednis-leipzig@markleeberg.de</i>	Eine Kreistagsinitiative „Neuseenland macht mobil“ will das Sozialticket im Landkreis umsetzen helfen. Die Initiative ist Bestandteil eines Bündnisses gegen Sozialabbau in Nordsachsen und fordert ein Sozialticket für max. 20,- € im Monat. Als Berechnungsgrundlage soll das steuerliche Existenzminimum dienen. Der Landrat des Landkreises Leipzig, Gerhard Gey (CDU), lehnt ab und verweist auf den Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) als Verhandlungspartner. Vgl. Landkreis Leipzig
Menden (mittlere kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW			April 2009 sagte Ingrid Ketzscher (stellvertretende Bürgermeisterin): „Wir Grüne setzen uns unter dem Motto ‚Recht auf Mobilität auch für Arme‘ dafür seit Jahren ein.“ Stadt und Kreis lehnen ein Sozialticket ab.
Mönchengladbach (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Mönchengladbach: <i>buero@die-linke-mg.de</i> , Grüne Mönchengladbach: <i>mg.gruene(at)t-online.de</i>	Die SPD forderte Februar 2008 ein Sozialticket analog dem „Dortmunder Modell“ für ca. 15,- € im Monat. Die Verwaltung solle mit der Niederrheinischen Versorgung und Verkehr AG (NVV) Verhandlungen aufnehmen. In ihrem Kommunalwahlprogramm 2009 forderte DIE LINKE die Ergänzung des existierenden „Mönchengladbach-Pass“ um ein Sozialticket für 15,- € monatlich.
Mülheim a. der Ruhr (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Mit Stand vom November 2008 kalkulierte die Stadt: 10.000 MülheimerInnen hätten einen Anspruch.	DIE LINKE Mülheim: <i>nina.eumann@dielinke-mh.de</i> , <i>uwe.klabuhn@dielinke-mh.de</i>	Das Sozialticket soll an den „MülheimPass“ gekoppelt werden. Die Fraktionen der SPD und der Grünen im Stadtrat forderten Januar 2008 die wohlwollende Prüfung des Sozialtickets durch die Verwaltung. DIE LINKE Kreisverband Mülheim-Ruhr fordert die Einführung eines Sozialtickets für 14,11 € im Monat. Zur Finanzierung sagte Johannes Gliem (sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion): „Das Geld hat Mülheim nicht.“ Die Stadt würde zur Nothausgemeinschaft und der Regierungspräsident das Ticket in der Kommune ablehnen. Laut Berechnungen der Stadt vom November 2008 würden die Kosten 2 Mio. € betragen.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Neumünster (kreisfreie Stadt)	Initiative	SH	Laut Antrag der SPD sollen Beziehende von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und WoGG berechtigt sein.	DIE LINKE Neumünster: die-linke-nms@versanet.de	Im Dezember 2008 stieß ein Antrag der Ratsfraktion DIE LINKE zur Einführung eines Sozialticket fraktionsübergreifend auf Zustimmung. Die Zustimmung des Sozialausschusses steht allerdings noch aus. Bis August 2009 gab es mit dem „Neumünster-Pass“ eine Sechsfahrentkarte im Sozialtarif für 7,05 € anstatt 9,40 €, die Einführung des Sozialtickets war für voraussichtlich Mitte 2009 geplant.
Neuss (kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Neuss: FelixDieLinke@t-online.de , SPD Vorsitz Sozialausschuss: Stephan Zehnpenning, Neustraße 2 1a, 4 1460 Neuss	Im Juni 2005 beantragte die Ratsfraktion Unabhängige/PDS die Einführung eines Sozialtickets im Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) für max. 20,- € im Monat. Im Dezember 2008 gab es einen Ratsantrag der SPD-Fraktion zum Sozialticket: Einjährige Probelaufzeit, das Ticket solle „wirtschaftlich vertretbar“, „kostenneutral für den städtischen Haushalt“ und billiger als 28,- € im Monat sein. Die Grünen unterstützen den Antrag der SPD und die Ausdehnung auf die Kreisebene. Im Januar 2009 wurde ein Antrag der SPD im Stadtrat abgelehnt. Ab Juni 2010 wird ein Sozialticket im VRR eingeführt.
Norderstedt	Initiative (Be-schluss Sozia-laus-schuss)	SH	Der berechnete Personenkreis muss über die Hartz IV-Beziehenden hinaus erweitert werden, und zwar um alle Bafög, Wohngeld-, Arbeitslosengeldbeziehenden sowie Beziehende niedriger Einkommen und Renten. Darüber hinaus sollten weitere Bereiche für die Vergünstigungen vorgesehen werden.	vorstand@galin.de , Miro.Berbig@die-linke-nor-derstedt.de	2009 wurde ein „Sozialpass“ für Norderstedt beschlossen, die Grünen (GALIN) kritisierten die Regelung als „schöner Schein“, da keinerlei ÖPNV-Vergünstigungen festgelegt wurden.
Nürnberg	Initiative	BY		Bündnis Sozialticket E. Ramthun, Stadtteilzentrum Desi, Brückenstr. 23, 90419 Nürnberg, Tel: 09 11 / 33 69 43, www.buendnis-sozialticket.de	Das Bündnis ist seit März 2009 aktiv und hat 2010 eine Vielzahl an Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Es findet Unterstützung in der gesamten Region Nürnberg-Fürth-Erlangen u.a. mit der Forderung nach einem Ticket für Metropolregional. Es wurden 12.000 Unterschriften für ein Sozialticket an die Bürgermeister von Nürnberg und Fürth übergeben. Das Bündnis plante eine Belagerung des Rathauses von Nürnberg.
Oberhausen (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW		Initiative: www.sozialticket-oberhausen.de , Gerd Schäfer, Weilerstr. 80, 46049 Oberhausen, attac@kingloser.de , DIE LINKE Oberhausen: info@die-linke-oberhausen.de	Es existiert der Sozialpass „Oberhausen-Pass“. Dezember 2007 forderten die Grünen für Inhaber des „Oberhausen-Passes“ Ermäßigungen bei Bus und Bahn. Das Ticket sollte 15,- € pro Monat kosten. Der Vorstand der „Stadtwerke Oberhausen AG“ (STOAG) sollte im ersten Halbjahr 2008 die Einführung prüfen und eine zweijährige Erprobungsphase ermöglichen. Februar 2008 stellte DIE LINKE einen Ratsantrag zur sofortigen Einführung eines Sozialtickets für max. 15 € im Monat nach dem „Dortmunder Modell“. Ab Juni 2011 wird ein Sozialticket im VRR eingeführt.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/ AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Pirmasens	Initiative	RP		LINKE Pirmasens: <i>Frank.Eschrich@die-linke-ps.de</i>	Im Dezember 2009 brachte die LINKE einen Antrag auf ein Sozialticket in den Kreistag ein, dieser wurde jedoch von allen anderen Fraktionen abgelehnt.
Plochingen (vgl. auch Landkreis Esslingen)	Initiative	BW	WohngeldempfängerInnen, Leistungsbeziehende nach SGB II, SGB XII sowie dem AsylbLG. Möglichkeiten der Einbeziehung von Schwellenhaushalten sind zu berücksichtigen.	DIE LINKE Kreisverband Esslingen, Rainer Hauenschild: <i>rainer-hauenschild@t-online.de</i>	Im August 2008 forderte DIE LINKE ein Sozialticket in Zusammenhang mit einem zu schaffenden Sozialpass, das monatlich ca. 20,- € kosten soll. Die Verwaltung des Verbands Region Stuttgart wurde beauftragt, ein Konzept für die Einführung eines Sozialtickets im Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) zu erarbeiten und dieses noch vor den Tarifverhandlungen im VVS für das Jahr 2012 im Verkehrsausschuss der Region öffentlich zu präsentieren. Dabei sind die Auswirkungen auf den bisherigen VVS-Stammkundenkreis und die Auslastung der Verkehrsträger darzustellen. Bis 2005 existierte bereits ein Sozialtarif. Die Bürgerinitiative fordert einen Sozialpass und ein Sozialticket für Alleinstandende (14,- €), Jugendliche (1,20 €) und Flüchtlinge (1,60 €, angelehnt an die Verordnung des Arbeitsministeriums, nach der 4% des Regelsatzes für den Posten „Verkehr“ vorgesehen sind). DIE LINKE hatte im September 2008 einen entsprechenden Antrag im Stadtrat vorgelegt, dann aber zurückgezogen, nachdem der Sozialbürgermeister Joachim Wolbergs zugesagt hatte, bis Dezember ein Konzept vorzulegen. Der Termin wurde mehrfach verschoben. Ein Konzept gibt es bis heute nicht.
Regensburg (kreisfreie Stadt)	Initiative u.a. „Bürgerinitiative Asyl Regensburg“	BY	Ca. 8000 Berechtigte	Die Bürgerinitiative Sozialticket setzt sich u.a. zusammen aus dem Paritätischem Wohlfahrtsverband, BI Asyl, Linke, Grüne und ödp und der Stadtjugendring	DIE LINKE existierte bereits ein Sozialtarif. Die Bürgerinitiative fordert einen Sozialpass und ein Sozialticket für Alleinstandende (14,- €), Jugendliche (1,20 €) und Flüchtlinge (1,60 €, angelehnt an die Verordnung des Arbeitsministeriums, nach der 4% des Regelsatzes für den Posten „Verkehr“ vorgesehen sind). DIE LINKE hatte im September 2008 einen entsprechenden Antrag im Stadtrat vorgelegt, dann aber zurückgezogen, nachdem der Sozialbürgermeister Joachim Wolbergs zugesagt hatte, bis Dezember ein Konzept vorzulegen. Der Termin wurde mehrfach verschoben. Ein Konzept gibt es bis heute nicht.
Saarbrücken	Initiative	SL		DIE LINKE: <i>martin.sommer@saarbruecken.de</i>	DIE LINKE und SPD haben den Antrag bereits 2009 in das Parlament eingebracht, im Oktober 2010 wurde der Antrag in die Ausschüsse verwiesen.
Schweinfurt (kreisfreie Stadt)	Initiative u.a. „Schweinfurter Arbeitsloseninitiative e. V.“ (SAL) und „Montagsaktion“	BY		DIE LINKE Schweinfurt: <i>Sinan.Oeztuerk@DieLinke-SW-KG.de</i> , Schweinfurter Arbeitsloseninitiative: <i>sal-ev@t-online.de</i>	Die Initiative setzt sich für einen Sozialpass mit Sozialticket in Stadt und Landkreis ein. DIE LINKE unterstützt diese Forderung. August 2008 sagte Sinan Öztürk (DIE LINKE, Bezirksgeschäftsführer ver.di Schweinfurt): „Zu wissen, dass jedes fünfte Kind in Schweinfurt in Armut lebt, ist eine Situation, die wir nicht hinnehmen dürfen.“ Schweinfurt hat die zweit-höchste Kinderarmutsrate in Bayern. 2007 lebten in Schweinfurt 1.649 Kinder unter 15 Jahren von monatlich 208 € Sozialgeld/ALG II. Das Bayerische Rote Kreuz und der DGB Schweinfurt unterstützen die „Initiative Sozialpass Schweinfurt“ und kritisierten die Stadtwerke Schweinfurt.
Soest (Kreisstadt)	Initiative	NW		DIE LINKE Soest: <i>iris.fenzlein@die-linke-soest.de</i>	In ihrem Kommunalwahlprogramm 2009 fordert DIE LINKE die Einführung eines „SoestPass“, der städtische Sozialtarife bündeln soll (u.a. das Sozialticket für BezieherInnen von Sozialleistungen und Geringverdienenden).
Solingen (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Nach Angaben von „Solingen AKTIV“ sind 20.000 SolingerInnen von Armut betroffen.	Solingen AKTIV: <i>info@sg-aktiv.de</i>	Ein Antrag der Ratsfraktion der Grünen in der Stadt vom August 2008 wurde von ihnen im Oktober 2008 mit Verweis auf einen Antrag der Grünenfraktion im Landtag NRW zurückgestellt. Unabhängig davon forderte die Ratsfraktion „Solingen AKTIV“ im Oktober 2008 ein Sozialticket für 15,- € im Monat.
Suhl (kreisfreie Stadt)	Initiative	TH		DIE LINKE Suhl: <i>geschaeftsstelle@die-linke-suhl.de</i>	Es existiert ein Sozialpass. Ein Sozialticket in Verbindung mit dem Sozialpass wurde 2009 wieder abgeschafft.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Trier (kreisfreie Stadt)	Initiative „Sozialforum“ - existiert seit Februar 2008	RP		DIE LINKE Trier: mail@die-linke-trier.de, Sozialforum Trier, AG Mobilität: elkhen@web.de, Initiativkreis der Freien Linken: wolfgang.a.schmitt@freie.linke.de	Das „Sozialforum“ fordert vom Stadtrat ein „Mobilitätsticket“ mit keiner oder geringer Eigenbeteiligung der NutzerInnen. Ziel ist die kostenlose Nutzung des Busverkehrs für Alle. Das Sozialforum bringt soziale und ökologische Argumente an. DIE LINKE unterstützt das „Sozialforum“ aktiv. Unabhängig davon forderte der „Initiativkreis Sozialticket der Freien Linken“ im April 2009 ein Sozialticket für max. 20,-€ im Monat für Personen, die unterhalb der EU-Armutsgrenze (938,-€) leben – es soll sich durch NeukundInnen selber tragen.
Tübingen	Initiative (vgl. auch Übersicht „Umsonst-Initiativen“ in dieser Broschüre)	BW	Alle 85000 TübingerInnen	ZAK Tübingen: zak@zak-tuebingen.org Das ZAK hat im 12.2010 eine Broschüre unter dem Titel: „TüBus Umsonst. Das Grundrecht auf Mobilität in Zeiten von Krise und Klimawandel“ herausgebracht. Download und Bestellung unter: www.zak-tuebingen.org	Die Gruppe „ZAK“ fordert einen Nulltarif für den städtischen Stadtverkehr „TüBus“. Die lokale Kampagne steht unter dem Leitmotiv „Grundrecht auf Mobilität in Zeiten des Klimawandels“. Zuletzt brachte die Gruppe ihre Forderung „TüBus umsonst!“ im Wahlkampf zu den Gemeinderatswahlen 2009 ein. Eine Vielzahl an kreativen Aktionen werden seitdem unternommen: Für die Tübinger Euromayday-Parade mieteten sie einen Stadtbus und funktionierten ihn zum Umsonst-Partybus um. Als der Verkehrsverbund den Nulltarif für Hunde einführte, zogen sie Hundemasken auf und fuhren gemeinsam Bus (»Dog Mob«). Beim Tübinger Stadtlauf rannten sie mit und verteilten „Gratisfahrtscheine“. Als die städtische Verkehrsgesellschaft im Herbst 2009 einen befristeten Nulltarif an Samstagen wegen Fahrplan-Komplikationen und der Anknübelung des Weihnachtsgeschäfts einführte, verkleideten sie sich als die rothaarige Kinderbuchfigur Sams und forderten: „Jeder Tag soll ein Sams-Tag sein!“ Laut „ZAK“ nimmt die Stadtverkehr Tübinger GmbH jährlich rund 5 Mio. € mit dem Ticket-Verkauf ein. Um den Ausfall dieser Einnahmen zu kompensieren, schließt die Gruppe Steuererhöhungen nicht aus. Ein Modell ist eine allgemeine sozial gestaffelte Mobilitätsabgabe
Waltrop (mittlere kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW	Laut Antrag DIE LINKE sollen Beziehende von Leistungen nach SGB II und SGB XII berechtigt sein.	DIE LINKE Waltrop: mochalski@die/link-waltrop.de	Im Februar 2008 stellte der Stadtverband Waltrop DIE LINKE einen Antrag an den Rat der Stadt für ein Sozialticket nach dem Vorbild der Stadt Dortmund für 15,- € im Monat.
Weiden (kreisfreie Stadt)	Initiative	BY	Laut Antrag DIE LINKE für Beziehende von Leistungen nach SGB II oder vergleichbarer staatlicher Unterstützung.	DIE LINKE Weiden-Neustadt-Tirschenreuth: info@die-linke-weiden-tir.de	Im Februar 2009 richtete der Kreisverband Weiden-Neustadt-Tirschenreuth DIE LINKE eine Eingabe an den Stadtrat mit der Forderung nach einem regionalen Sozialticket „Nordberpfalz-Ticket“ für die Stadt Weiden, den Landkreis Neustadt und den Landkreis Tirschenreuth bis zum Juli 2009. Für Erwachsene bzw. Jugendliche und Kinder soll das Ticket 15 € bzw. 10 € im Monat kosten. Dieses Sozialticket soll gleichzeitig als Sozialpass verschiedene Ermäßigungen bieten. Der Oberbürgermeister Kurt Seggewiß (SPD) sicherte die „wohlwollende Prüfung“ der Eingabe zu.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Weimar (kreisfreie Stadt)	Initiative (Ticket seit 2010)	TH	Anspruchsberechtigt sind Beziehenden von Leistungen nach SGB II, SGB XII (Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter) und Beziehenden von Leistungen nach dem AsylbLG.	<ul style="list-style-type: none"> · fraktion@spd-weimar.de · info@gruene-weimar.de · die-linke-apolda-weimar@t-online.de 	Die Weimarer Jusos sprechen sich seit 2005 für ein Sozialticket mit folgenden Leistungen aus: Preishalbiert auf Zeitkarten für Beziehende von ALG II und ähnlich finanziell Benachteiligten. Im Juni 2008 stellten die Ratsfraktionen Die Grünen, SPD und DIE LINKE eine gemeinsame Anfrage zur Wiedereinführung des Sozialtickets mit der Forderung nach zeitnaher Einführung, 50% Ermäßigung auf Wochen- und Monatskarten. Es wurden 204.000 € in den Haushalt 2010 eingestellt. Initiative des DGB für ein Sozialticket über die Stadt hinaus. November 2008 forderte die SPD ein Mobilitäts-/Sozialticket bis zum Mai 2009 über die Stadt hinaus im gesamten Gebiet des Verkehrsverbundes Rhein-Ruhr (VRR). Ab 2011 gilt das Sozialticket des VRR.
Witten (Große kreisangehörige Stadt)	Initiative	NW			
Witzenhausen (Werra-Meißner-Kreis)	Initiative		Berechtigte: Beziehenden nach SGB II, XII nach AsylbLG, GeringverdienerInnen bis 984,- €, alle- samt aus dem Werra-Meißner-Kreis	AK Sozialticket Witzenhausen Werra-Meißner-Kreis: aksw@online.de , www.sozialticket-wmk.de	Die Forderungen der Initiative sind: Das Sozialticket gilt im Gebiet des Nordhessischen Verkehrsverbundes Preiskategorie: 70% Ermäßigung auf den NVV- Tarif; Vertrieb: Berechtigung wird mit Leistungsbescheid pauschal verschickt
Wolfsburg	Initiative (Ticket seit 2009)	NI		Elke Zitzke: Tel. 0 53 61 / 8 93 33 41 dieter.pfeiffer@igmetall.de	Auf Initiative der IGM Arbeitskreis „Arbeitslos nicht wehrlos“ wurde 2009 ein Sozialticket für 15,- € eingeführt. Wolfsburgs IG Metall-Chef Frank Patta begrüßte die Entscheidung des Rates: „Ein Mobiliticket für Menschen mit wenig Geld steht Wolfsburg als sozialer Großstadt bestens zu Gesicht.“ Die SPD will die zeitliche Limitierung des Tickets aufheben.
Wuppertal (kreisfreie Stadt)	Initiative	NW	Laut Antrag der LINKEN für InhaberInnen des „Wuppertalpasses“ und Beziehende von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG	DIE LINKE Wuppertal: ratsfraktion@dielinke-wuppertal.de	Es existiert bereits ein Sozialpass „Wuppertalpass“. Die Ratsfraktion DIE LINKE forderte im Februar 2008 ein Sozialticket für 15,- € im Monat. CDU/SPD/Grüne/FDP und WfW lehnten ab. Im Oktober 2008 brachten die Grünen einen eigenen Antrag zur Einführung eines Sozialtickets in den Rat der Stadt ein. Ab 2011 gilt das Sozialticket des VRR.
Würzburg (kreisfreie Stadt)	Initiative	BY	Laut Antrag der LINKEN für Beziehende von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG	groetsch@spd-online.de DIE LINKE Würzburg: info@dielinke-wuerzburg.de	Im März 2009 forderte die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) im Landkreis Würzburg: die SPD-Fraktion solle sich im Kreistag des Landkreises Würzburg für ein Sozialticket zum Preis von 15,- € im Monat einsetzen. Der SPD-Antrag wurde angenommen und 25.000 € Zuschuss bewilligt. Am 20.8.2009 rief DIE LINKE NRW zu einem Aktionstag zur Einführung des Sozialtickets auf.
Xanten	Initiative	NW		dielinke.xanten@googlemail.com	
Zittau (Große Kreisstadt)	Initiative u.a. „Zittauer Arbeitskreis für soz. Gerechtigkeit“ (ZAK)	SN		Zittauer Arbeitskreis für soziale Gerechtigkeit: Reichenberger Str. 56, 02763 Zittau, zak-zittau@gmx.de , zittau@linksmail.de , info@gruene-goerlitz.de	Vgl. Landkreis Löbau/Zittau. (Seite 47)

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Zwickau (Große Kreisstadt)	Initiative	SN		DIE LINKE Zwickau: dielinke-zwickau@t-online.de	Im Januar 2009 forderte Stadtrat Thomas Ungethüm (AG Zwickau, unabhängige Wählervereinigung e.V.) wiederholt ein Sozialticket nach dem Leipziger Modell. Der Sozialbürgermeister Bernd Meyer (DIE LINKE) dazu: „Wir prüfen das.“
Kreis Borken	Initiative	NW	Laut Antrag der Grünen: Beziehungen von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und wirtschaftlicher Jugendhilfe		Im Mai 2008 stellte die SPD-Fraktion einen Antrag zur Einführung eines Sozialtickets. Im März 2009 wurde ein Antrag der Grünen im Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Kreistages abgelehnt. Das Sozialticket sollte für Bus und Bahn im Kreisgebiet gelten. Ab Juni 2011 gilt das Sozialticket des VRR.
Kreis Bruck	Initiative	BY			Initiative der SPD. Die Kreisverwaltung winkte bereits im Vorfeld mit der Begründung ab, das Sozialticket sei zu teuer und verursache zu viel Bürokratie. Evelyn Richter (Vorsitzende der CSU-Fraktion im Kreistag): „Ich bin äußerst skeptisch.“ Laut Zahlen des Landkreises wären es ca. 4.10.000 € Kosten plus Personal- und Organisationskosten.
Kreis Coesfeld	Initiative	NW	Es gibt 8.962 Beziehende von Leistungen nach SGB II und SGB XII	www.die-linke-kreiscoesfeld.de	2009 startete DIE LINKE Coesfeld eine Unterschriftensammlung. Es wird ein Sozialticket zum Preis von 15,- € gefordert.
Ennepe-Ruhr-Kreis (u.a. Ennepetal)	Initiative	NW			Juni 2008 war die SPD im Kreistag dafür, dass die Kreisverwaltung ein Sozialticket prüft („angemessener Preis für eine Monatskarte“). Quer-schüsse kamen von der CDU. Ab 2011 gilt das Sozialticket des VWR.
Kreis Herford (u.a. Herford, Enger, Spen-ge u. Bünde)	Initiative	NW		DIE LINKE Herford: info@dielinke-herford.de	Im September 2008 beschloss die Hartz IV AG der LINKEN, ein Sozialticket für den Kreis Herford zu fordern.
Kreis Herzogtum Lauenburg	Initiative	SH		DIE LINKE Herzogtum Lauenburg: info@dielinke-khl.de	Im Mai 2008 forderte der Kreisverband Herzogtum Lauenburg DIE LINKE ein Sozialticket für einkommensschwache BürgerInnen. Im Oktober 2008 beantragte DIE LINKE im Kreistag die Einführung eines Sozialtickets.
Kreis Hochsauerland	Initiative			Forum linkes Arnsberg: ArnsbergerLinke@aol.com LINKE: die-linke-hsk@web.de Grüne: stefanwilmer@arcor.de	Der Antrag des „Forum linkes Arnsberg“ wurde von CDU und SPD (mit Hinweis auf die Kassenlage) abgelehnt, LINKE und Grüne unterstützen das Projekt.
Kreis Höxter, Niesen	Initiative	NW		gruene.kv.hoexter@t-online.de	Im Dezember 2008 stellten die Grünen einen Antrag für ein Sozialticket im Nahverkehrsverbund Paderborn Höxter (nph). Ein Jahr später konstatierten die Grünen: „Das Problem bleibt ungeklärt (...) Die vorgelegten Zahlen lassen nur den Schluss zu, dass man ein solches Ticketangebot nicht einmal in Erwägung zieht“, empört sich Antonius Aufenanger.
Kreis Kleve	Initiative	NW		Initiative Sozialticket Niederrhein jetzt! ATTAC Niederrhein: klaus.kubernus@uni-due.de , vorstand@spd-kleve.de , kreisverband@die-linke-kreisleve.de	Im Mai 2009 fand das „2. Forum für ein Sozialticket Niederrhein“ mit ATTAC Niederrhein statt. Vgl. Kreis Wesel und Region Niederrhein (Seite 45 bzw. 50). SPD und Grüne stellten im Kreistag Anträge auf Einführung eines Sozialtickets, die jedoch im Dezember 2008 und Dezember 2009 abgelehnt wurden. DIE LINKE schloss sich diesen Anträgen an.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Kreis Leer	Initiative	ND	Berechtigt sollen alle sein, die ALG II oder Sozialgeld beziehen, Hilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bekommen bzw. als junger Mensch finanzielle Leistungen vom Jugendamt erhalten.	Die Linke Alternative, Ursula Stevens-Kimpel: UschiStevens-Kimpel@t-online.de	DIE LINKE stellte 2009 einen Antrag für ein Sozialticket, das an Unna angelehnt ist. Als Eigenanteil zugezahlt werden müssten 15 €.
Märkischer Kreis (u.a. Stadt Iserlohn, Menden)	Initiative u.a. „Friedensplenum Iserlohn“	NW	Laut dem „Friedensplenum Iserlohn“ sollen Beziehende von Leistungen nach SGB II, SGB XII, AsylbLG und wirtschaftlicher Jugendhilfe anspruchsberechtigt sein. Laut den Grünen könnten ca. 15.000 Menschen im Kreis das Ticket nutzen.	Friedensplenum Iserlohn: info@irislula.de	2006 entschied der Kreistag mit den Stimmen von CDU und FDP, kein Sozialticket im Kreis einzuführen. 2008 regte das „Friedensplenum Iserlohn“ gegenüber dem Landrat und dem Kreistag die Einführung eines Sozialtickets für ca. 14,- € im Monat an. Die Initiative argumentiert sozial-, umwelt-, gesundheits- und wirtschaftspolitisch. Der Finanzierungsvorschlag des „Friedensplenum Iserlohn“ lautet: Umlagefinanzierung durch den Kreis und Verrechnung der tatsächlichen Kosten. MdB Markus Kurth (Grüne) tritt aktiv für ein Sozialticket im Kreis auf.
Kreis Main-Kinzig		HE	Berechtigt sollen diejenigen sein, die Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) erhalten oder -laufende Leistungen der Sozialhilfe zum Lebensunterhalt, Grundsicherung im Alter oder bei Erwerbsminderung beziehen oder - Leistungen nach dem Asylwerbergesetz.	info@dielinke-mkk.de	DIE LINKE stellte im Februar 2010 einen Antrag für ein Sozialticket im Kreistag. Eine all-Parteien-Koalition aus CDU, SPD, Grüne, FDP, FW, REP lehnte den Antrag ab. In dem Antrag hieß es: „Die Gewährleistung eines allgemein zugänglichen und sozial angemessenen ÖPNV stellt eine wichtige Aufgabe der Daseinsvorsorge dar. Das in Art. 20 Abs. 1 GG garantierte Sozialstaatsprinzip gebietet eine besondere Fürsorge gegenüber Personen, die zur Befriedigung ihrer Mobilitätsbedürfnisse aus gesundheitlichen, finanziellen oder sonstigen Gründen auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind und besondere Anforderungen u. a. an die Tarifgestaltung stellen, wie z.B. Behinderte, Senioren, Schüler, StudentInnen und Auszubildende sowie einkommensschwache Gruppen.“
Kreis Paderborn	Initiative	NW		info@fiftyfifty-galerie.de Linke: info@die-linke-paderborn.de Grüne: joerg.schlueter@padergruen.de	Dezember 2008 stellten die Grünen einen Antrag im Kreistag für ein Sozialticket im Nahverkehrsverbund Paderborn Höxter (nph). Darüber hinaus streben die Grünen eine Regelung für alle Nahverkehrsverbände im Bundesland NRW an.
Kreis Recklinghausen	Initiative u.a. „Montagsdemonstrationen“	NW		DIE LINKE Recklinghausen: info@die-linke-re.de Initiative Montagsdemonstration: info@montagsdemo-recklinghausen.de	Juni 2005 beantragte die damalige PDS im Kreistag die Schaffung eines „Jobsucher-Tickets“. Dieses Ticket für ALG II-Beziehende sollte über einen Großkundenrabatt beim Verkehrsverbund-Rhein-Ruhr (VRR) und die ARGE finanziert werden. Im September 2008 wiederholte DIE LINKE im Kreis ihre Unterstützung für die Initiativen für ein Sozialticket. In ihrem Kommunalwahlprogramm 2009 fordert sie die Einführung eines flächendeckenden Nahverkehrsticket im ÖPNV, das durch ein Sozialticket für Einkommensschwache ergänzt werden soll. DIE LINKE fordert von der Landesregierung NRW eine Anschubfinanzierung und vom Bund die Erhöhung der ÖPNV-Regelsätze. Ab Juni 2011 wird das Sozialticket im VRR eingeführt.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Kreis Rendsburg-Eckernförde	Initiative	SH		DIE LINKE Rendsburg-Eckernförde: <i>dielinke.rdeck@googlemail.com</i>	Der Kreisverband DIE LINKE forderte im November 2008 die Einführung eines Sozialtickets ab 2009.
Rhein-Sieg-Kreis (vgl. Verkehrsverbund Rhein-Sieg (VRS))	Initiative	NW	Laut DIE LINKE sollen Erwerbslose und Erwerbstätige mit einem Monatslohn bis zu 1280 € anspruchsberechtigt sein.	DIE LINKE Rhein-Sieg: <i>info@linkspartei-rhein-sieg.de</i>	Im März 2009 regte DIE LINKE gegenüber dem Kreistag zur Einführung eines „Sozial-Monattickets“. Das Ticket soll 10 bis 15 € im Monat kosten. Im April 2009 wurde die Anregung zur Beratung in den Ausschuss für soziale Angelegenheiten und soziale Beschäftigungsförderung überwiesen.
Kreis Sächsische Schweiz/Ostertagebirge	Initiative	SN		<i>kreistag@dielinke-saechsischeschweiz-osterzgebirge.de</i>	Im September 2009 brachte die LINKE einen Antrag in den Kreistag der Sächsischen Schweiz/Ostertagebirge ein, in dem die Landesregierung aufgefordert wurde, ein sachsenweites Sozialticket einzuführen und dessen Konditionen bis Dezember 2009 zu prüfen.
Kreis Siegen-Wittgenstein	Initiative	NW		DIE LINKE Siegen-Wittgenstein: <i>mail@die-linke-siegen-wittgenstein.de</i>	DIE LINKE forderte im Juni 2008 die umgehende Einführung eines Sozialtickets im Tarifbereich der Verkehrsgemeinschaft Westfalen-Süd (VGWS). Das Ticket für Menschen mit geringem Einkommen sollte nicht mehr als 19,- € im Monat kosten. Im Februar 2010 wurde ein Antrag durch DIE LINKE im Kreistag eingebracht, mit dem die Kostenstruktur eines Sozialticket geprüft werden sollte.
Kreis Soest	Initiative	NW	Laut der LINKEN sollen Erwerbslose, Grundsicherungsbeziehende und GeringverdienerInnen anspruchsberechtigt sein.	DIE LINKE Soest: <i>info@die-linke-soest.de</i>	In ihrem Kommunalwahlprogramm 2009 fordert DIE LINKE ein Sozialticket für Bus und Bahn. Der Kreisverband bezieht sich auf das Dortmunder Sozialticket für 15,- € im Monat.
Kreis Steinfurt	Initiative	NW			Im September 2008 tagte der Verkehrs-, Wirtschafts- und Bauausschuss des Kreistages zum Thema „Rahmenbedingungen für die Einführung eines Sozialtickets“. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Rat der Stadt Hörstel beantragte im Januar 2009, dass der Stadtrat die Initiative für ein Sozial- bzw. Bürgerticket im Kreis Steinfurt ergreift.
Kreis Stormarn	Initiative	SH		DIE LINKE Stormarn: <i>dielinke.stormarn@online.de</i>	Der Kreis ist am Hamburger Verkehrsverbund (HVV) beteiligt. In ihrem Kommunalwahlprogramm 2008 forderte DIE LINKE ein Sozialticket, das die kostenlose Nutzung von Bus, Bahn, Büchereien, Kinos u.ä.m. ermöglicht. Im November 2008 lehnte der Sozial- und Gesundheitsausschuss beim Kreis die Forderung der LINKEN nach einem Sozialpass mit Sozialticket ab. Die Ausschussvorsitzende Margot Sinnig (SPD) sagte: „Was die LINKEN wollten, ist das Gießkannenprinzip. Es bringt nichts, den Leuten 20 oder 30 € im Jahr zu geben. Man muss ihnen stattdessen lebenspraktische Hilfe bieten – zum Beispiel Tipps, wie sie einen Haushaltsplan aufstellen können.“

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Kreis Tübingen	Initiative	BW		<i>strasdeit@t-online.de</i>	Nachdem in Tübingen ein Sozialticket eingeführt wurde, verstärken sich die Forderungen nach einem Sozialticket im Landkreis. Nach der LINKEN fordert auch die SPD eine „Versachlichung der Diskussion“ und eine Einführung eines bezahlbaren Sozialtickets. März 2009 beriet der Kreisausschuss auf Antrag der Grünen zum Sozialticket. Die Grünen verweisen auf das Modell in Unna. In der Diskussion wurde mehrfach darauf verwiesen, dass ein Sozialticket nur auf der regionalen Ebene Münsterland Sinn mache. Die Verwaltung erhielt einen Prüfauftrag. Eckehard Müller (Sprecher der Grünen Kreistagsfraktion): „Alle verlangen von Arbeitslosen Mobilität, also müssen wir ihnen auch die Möglichkeit dazu geben.“ Laut Kreisdirektor Dr. Heinz Börgen würde die Einführung eines Sozialtickets zum Preis von 15,- € im Monat den Kreis ca. 1 Mio. € im Jahr kosten. Nach dem Preisstand ab dem 01.08.2008 kostet eine VGN-Monatskarte im Abonnement der Preisstufe 4 ohne tageszeitliche Einschränkungen 132,- €. Es wird in einem Antrag der Initiative ein Eigenanteil von 15,-€ anvisiert. SPD und Grüne zeigten Sympathie mit dem Vorschlag und beschlossen im Kreistag: „Der Kreis Wesel führt Verhandlungen mit der VGN und dem Kreis Kleve, mit dem Ziel, ein Sozialticket für den ÖPNV kreisübergreifend für die Kreise Wesel und Kleve einzuführen.“ Bis zum 1.10.2010 wurde kein Beschluss zur Einführung des Sozialtickets gefasst. Attac Niederrhein initiierte einen Antrag im Kreistag. „Sozialticket Niederrhein jetzt“.
Kreis Wesel	Initiative	NW	37.000 antragsberechtigte BezieherInnen von Leistungen	ATTAC-Niederrhein, c/o Klaus Kubernus-Perscheid, Pastor Wolf Str. 12, 46487 Wesel, <i>www.attac-niederrhein.de</i>	
Landkreis Birkenfeld	Initiative	RP		DIE LINKE Birkenfeld: <i>tanja-krauth@online.de</i>	2009 forderte DIE LINKE in ihrem Kommunalwahlprogramm einen Sozialpass mit Sozialticket für den Kreis. Karin Feulner (DIE LINKE) sagte: „Mobilität darf keine Frage des Alters und des Einkommens sein.“ Im März 2010 beschloss der Kreistag die Einführung eines Sozialpasses. Die Kreisverwaltung wurde einstimmig dazu beauftragt, Gespräche mit den Verkehrsbetrieben über eine ÖPNV-Kostenreduzierung zu führen. Oktober 2008: Antrag der Grünenfraktion mit Unterstützung der SPD. Der Antrag fand Anfang 2009 keine Mehrheit. Entgegen dem Kreistag sprach sich die Bürgermeisterversammlung des Landkreises im Frühjahr 2009 einstimmig für ein Sozialticket aus. Das Sozialticket soll jetzt örtlich angeboten werden. Die SPD im Landkreis zeigt sich seit April 2009 uneinig zum Thema. CSU und FDP im Kreistag sind dagegen. Laut Landratsamt lägen die Zuschusskosten des Landkreis bei 59.000 € - 187.000 €.
Landkreis Dachau	Initiative	BY	BezieherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII		

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Landkreis Ebersberg	Initiative	BY		Grüne: waltraud.gruber@gruberhome.de	Ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom Oktober 2008 wurde im Februar 2009 im Ausschuss für Umwelt- und Naturschutzangelegenheiten, Landkreisenwicklung, Regionalmanagement, Verkehrsinfrastruktur, Abfallwirtschaft, ÖPNV und Schülerbeförderung (ULV-Ausschuss) beraten. Der Antrag bezieht sich auf das Beispiel München. Anstatt 45,- € soll das Sozialticket 23,- € im Monat kosten. Laut Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen soll das Sozialticket durch den Landkreis bezuschusst werden.
Landkreis Esslingen	Initiative	BW		DIE LINKE Esslingen: rainer-hauenschild@t-online.de	Die Initiative wurde November 2008 von Rainer Hauenschild (DIE LINKE Esslingen) gestartet. Im Februar 2009 sollte eine Mobilitätsstudie im Stadtgebiet Esslingen gestartet werden. Unterschriftensammlungen und weitere Aktionen sind geplant. Das mittelfristige Ziel ist ein landesweites Sozialticket für Bus und Bahn – dafür sollen in allen Kreisverbänden Initiativen auf den Weg gebracht werden.
Landkreis Freising	Initiative	BY	Laut DIE LINKE gibt es ca. 2.300 BürgerInnen im Kreis, die das Sozialticket nutzen könnten.	DIE LINKE Freising: info@freisinger-linke.de	Im Dezember 2007 stellte der Kreisrat Guido Hoyer (DIE LINKE) den Antrag für ein Sozialticket. Der Landkreis sollte sich gegenüber dem Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVG) für eine Monatskarte für max. 13,88 € einsetzen. Der Antrag wurde vom DGB-Kreisverband Freising-Erding unterstützt. Der Kreisausschuss hat den Antrag im Januar 2009 mit großer Mehrheit (4:12) abgelehnt.
Landkreis Fulda	Initiative	HE		DIE LINKE Fulda wahlkreisbuero@die-linke-fulda.de	Oktober 2008 stellte DIE LINKE einen Antrag zur Ausarbeitung eines Konzepts für ein Sozialticket. Die Erarbeitung eines solchen Konzepts durch den Kreisausschuss wurde abgelehnt.
Landkreis Fürstentumbrück	Initiative	BY			März 2009 forderte Peter Falk (SPD-Fraktionssprecher im Kreistag) ein Sozialticket nach dem Vorbild der Stadt München – incl. einer bedarfsgerechten Regelung für Monats-, Wochen- und Tageskarten. April 2009 drängte die SPD im Kreistag auf ein Sozialticket. Die Verwaltung lehnt ab – das Ticket sei zu teuer. Evelyn Richter (CSU-Kreisfraktionsvorsitzende) äußerte zum Sozialticket „tiefe Skepsis“. Laut Verwaltung würde das Ticket den Landkreis 410.000 € kosten plus Personal- und Organisationskosten.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Landkreis Görlitz (auch Altkreis Löbau-Zittau)	Initiative u.a. „Sozialbündnis des Landkreises Görlitz“	SN		Sozialbündnis Landkreis Görlitz, Marian Melde: marian.melde@online.de Zittauer Arbeitskreis für soziale Gerechtigkeit: zak-zittau@gmx.de	Die Initiative fordert die Einführung eines Sozialtickets über den Kreis Görlitz hinaus in ganz Sachsen. Das „Sozialbündnis des Landkreises Görlitz“ besteht u.a. aus dem „Zittauer Arbeitskreis für soziale Gerechtigkeit“, der Initiative „Görlitzer Montagsdemo ‚Die Originale‘“ und der „Bürgerinitiative gegen Hartz IV und Sozialabbau“ in Niesky und Weißwasser. Im November 2008 sprach sich der Kreisverband Bündnis 90/Die Grünen für ein Sozialticket im Zweckverband Verkehrsverbund Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON) im Landkreis Görlitz aus. Das Ticket soll ca. 20,-€ im Monat kosten und an einen Sozialpass gebunden sein. Bündnis 90/Grüne verweist auf das „Seniorenticket“, das es seit 2009 im ZVON für 33,- € anstatt 149,- € im Monat gibt. In ihrem Kommunalwahlprogramm von 2008 spricht sich die SPD ebenfalls für ein Sozialticket aus.
Landkreis Leipzig	Initiative	SN	Anspruchsberechtigte sollen Beziehende von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG sein.	DIE LINKE Landkreis Leipzig: leipziger-land@linkspartei-sachsen.de , Info@SPD-Kreistag-Leipzig.de	Im April 2009 beauftragte der Kreistag auf Antrag DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Grüne die Landkreisesverwaltung, Verhandlungen für die Einführung eines Sozialtickets mit dem Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV) und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) aufzunehmen. Es soll ein Finanzierungskonzept erarbeitet werden, das den Berechtigten den Kauf von Einzeltickets zum halben Preis ermöglicht. Ein Ergebnis sollte dem Kreistag bis August 2009 vorgelegt werden. April 2009 polemisierte die NPD für ein Sozialticket im Kreis ohne Anspruch für BezieherInnen nach AsylbLG.
Landkreis Konstanz	Initiative	BW		Grüne: kv.konstanz@gruene.de LINKE Konstanz: j.geiger@die-linke-konstanz.de , h.reile@seemoz.de	Die Grünen beantragten eine Ausweitung des Sozialpasses Konstanz auch im Landkreis. Der Sozialpass soll es ermöglichen, im ganzen Landkreis den ÖPNV mit einer Monatskarte zu nutzen. Zu diesem Verkehrsverbund gehören die Stadtwerke Singen und Konstanz, Hegau-Bodensee Verbund, Seehass und Seehäse. Das Sozialticket soll zum Preis von 13,- € (Kinder 10,- €) angeboten werden. Ab Dezember 2010 soll nach Willen der LINKEN das Sozialticket eingerichtet werden.
Landkreis Marburg-Biedenkopf	Initiative	HE	Laut Antrag DIE LINKE BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG. Darüber hinaus Menschen, die Einkommen entsprechend den Richtlinien des „Marburger Stadtpass“ beziehen.	DIE LINKE Marburg-Biedenkopf: info@die-linke-marburg.de	Im Mai 2008 stellte DIE LINKE einen Antrag im Kreistag für ein Sozialticket. Laut Antrag DIE LINKE sollte das Sozialticket kostenlos sein und der Kreisausschuss bis Herbst 2008 eine Vorlage zur Einführung erarbeiten. DIE LINKE verweist in ihrem Antrag auch auf die Marburger Partnerstadt Poitiers (franz.), in der es ein Sozialticket für 5,- € im Jahr gibt!
Landkreis Meißen	Initiative	SN		DIE LINKE Meißen: kontakt@die-linke-meissen.de	Eine Anfrage der SPD-Fraktion im Kreistag September 2007 wurde zurückgestellt. 2008 forderte Heinz Hoffmann, DIE LINKE: „Sozial gerecht und notwendig ist es auch, dass der jetzige Meißner Sozialpass (...) weiter bestehen bleibt. Ich bin dafür, dass hier die Erweiterung um ein Sozialticket erfolgt (...).“ Ein Antrag der LINKEN im Kreistag März 2009 wurde mit der Mehrheit von CDU und FDP abgelehnt.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Landkreis München	Initiative	BY		SPD: ingrid@lenz-aktas.de	Die Einführung eines Sozialtickets wurde von der CSU und Freien Wählern im Januar 2010 abgelehnt. Der vorab ausgehandelte Preis betrug 16,40 € monatlich für unbegrenzt viele Fahrten im gesamten MVV-Tarifgebiet. Das Sozialticket für die Landkreisbevölkerung wäre noch günstiger gewesen als das in der Landeshauptstadt angebotene. Die LINKE plant eine Kampagne für ein Sozialticket im Saarland
Landkreis Neunkirchen	Vorbereitung	SL			
Landkreis Nordsachsen	Initiative	SN	Laut Aussagen der Verwaltung hätten 30.416 Personen Anspruch auf ein Sozialticket.	kontakt@linksfraktion-nordsachsen.de	Die LINKE brachte im Juni 2009 einen Antrag ein, eine Prüfung der Kosten für ein Sozialticket zu beginnen. Der Fraktionsvorsitzende der LINKEN Dr. Michael Friedrich sagte im Kreistag „In Nordsachsen wird es erkennbar noch einige Zeit dauern, bis es ein Sozialticket gibt. Die LINKE wird sich durch die Haushaltskonsolidierung nicht davon abbringen lassen, diesen Plan weiter zu verfolgen und mit einem überzeugenden Modell Bündnispartner für die Einführung des Sozialtickets zu gewinnen.“ Nach den Berechnungen der Verwaltung würde das Sozialticket den Landkreis selbst nach der günstigsten Variante F4 – also bei einer Beteiligung des Landkreises von 25% je Ticket und Person – rund 4,4 Mio. € im Jahr kosten. Diese Zahlen irritieren, besonders im Vergleich zu anderen Kostenstrukturen.
Landkreis Offenbach	Initiative	HE	Laut Antrag DIE LINKE sollten BezieherInnen von Leistungen nach SGB II, SGB XII und AsylbLG sein.	DIE LINKE Offenbach: kreisvorstand@die-linke-of.de	2007 stellte DIE LINKE im Kreistag einen Antrag zur Einrichtung eines Runden Tisches, der sich mit einem Sozialticket im Kreis befassen sollte. Am Runden Tisch sollten VertreterInnen von Parteien, Gewerkschaften und sozialen Organisationen teilnehmen. Das Sozialticket soll Ermäßigungen von wenigstens 50% bringen.
Landkreis Würzburg	Initiative	BY	Zur Rechengrundlage nahm Landrat Nuß, CSU, 2190 BedarfsgeherInnen von Grundsicherung und eine geschätzte Zahl von rund 800 Personen in vergleichbarer wirtschaftlicher Situation.		Die SPD beantragte ein Sozialticket, dies wurde im Mai 2010 jedoch von CSU und Grünen abgelehnt. Der CSU Landrat errechnete völlig absurde Kosten von 2,5 Mio. € für die Einführung.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Schwalm-Eder-Kreis	Initiative	HE	Laut Antrag DIE LINKE BeziehherInnen von Leistungen nach SGB II und SGB XII	DIE LINKE Schwalm-Eder-Kreis: <i>die_linke_sek@gmx.de</i>	Im September 2007 brachte DIE LINKE im Kreistag einen Antrag für ein Sozialticket ein. Dieses Sozialticket soll 50% Ermäßigung im entsprechenden Tarifgebiet des Nordhessischen Verkehrsverbundes (NVV) ermöglichen.
Metropolregion Nürnberg-Fürth-Erlangen (u.a. die kreisfreien Städte Ansbach, Bamberg, Bayreuth, Erlangen, Fürth, Hof, Nürnberg, Weiden, Würzburg und verschiedene Landkreise)	Initiative „Bündnis Sozialticket“	BY		Bündnis Sozialticket: <i>Buendnis-Sozialticket@web.de</i>	Die Initiative fordert ein Sozialticket im Verkehrsverbund Großraum Nürnberg (VGN). Dieses soll mittelfristig aus sozialen und ökologischen Gründen zum Nulltarif angeboten werden. Die Initiative besteht aus Vereinen, Stiftungen, Einzelpersonen der Kirchen und Parteien. Das Bündnis ist 2010 sehr aktiv geworden und hat eine Vielzahl an Aktionen unternommen. Im Dezember 2010 wurde die Belagerung des Nürnberger Rathauses in Angriff genommen.
Metropolregion Rhein-Neckar (u.a. Heidelberg, Mannheim, Ludwigshafen, Kreis Hockenheim, Kreis Meckesheim-Mönchzell)	Initiative „Initiative 20,- € MetropolticketPLUS in der Metropolregion Rhein-Neckar“	BW	Hartz-IV BeziehherInnen und Menschen mit geringem Einkommen (Pfändungsgrenze)	Initiative 20,- € Metropolticket-PLUS (...): <i>matzmuellerschoen@web.de</i> , <i>info@gruene-mannheim.de</i>	Seit Februar 2009 fordert die Arbeiterwohlfahrt (AWO) der Metropolregion Rhein-Neckar wiederholt ein Sozialticket im Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) für ca. 17,- € im Monat. Ihre Argumentation: Mehreinnahmen durch NeukundInnen. Verschiedene Basisorganisationen der SPD drängen ihre Kreistags- und Stadtratsfraktionen sich der Initiative anzuschließen (Bsp. Meckesheim-Mönchzell, Hockenheim, Ilbesheim-Leinsweiler, Mundershausen). Im April 2009 formulierte die SPD-Kreistagsfraktion: „Sozialticket für Bedürftige Gebot der Stunde“. Der Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion, Helmut Beck, schlägt aus Finanzierungsgründen die Begrenzung des Tickets auf verkehrssarme Zeiten von 9 bis 16 Uhr vor. In ihrem im September 2008 beschlossenen Kommunalwahlprogramm unterstützen Bündnis 90/Die Grünen und die SPD die „Initiative MetropolticketPLUS“. Interessanterweise unterstütze auch die Junge Union Neckar-Odenwaldkreis die Forderung. 2010 waren nur noch wenige Aktionen feststellbar.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Region Niederrhein (die Kreise Kleve, Wevelsen, Viersen, Heinsberg, der Rhein-Kreis Neuss und die Städte Krefeld, Isselburg, Oberhausen, Duisburg, Mönchengladbach)	Initiative „Sozialticket Niederrhein jetzt - sozial - umwelt-schonend - kreisübergreifend - gerecht“ - u.a. mit ATTAC Niederrhein	NW		ATTAC Niederrhein: klaus.kubernus@uni-due.de, vorstand@spd-kleve.de, kreisverband@die-linke-kreisleve.de	Verschiedene Aktionen: Im Mai 2009 sollte bspw. ein „2. FORUM für ein Sozialticket“ durchgeführt werden. In einem Flyer der Initiative heißt es: „Wir meinen jedoch, dass für alle Menschen am Niederrhein der Zugang zu umweltschonender Mobilität eine Selbstverständlichkeit sein sollte. (...) Danach sollen alle unterhalb der Armutsgrenze (nach der OECD-Skala) in den Kreisen Wesel und Kleve lebenden Menschen berechnigt sein, kostenlos oder zu deutlich reduzierten Preisen Bahn und Bus kreisübergreifend in Anspruch zu nehmen.“ Die Initiative konzentriert sich auf die Einführung eines Sozialtickets in den Kreisen Kleve und Wesel. Vgl. Kreis Kleve und Kreis Wesel (Seite 42 bzw. 45).
Region Weiden-Neustadt-Tirschenreuth (Nordoberpfalz)	Initiative	BY		DIE LINKE Weiden-Neustadt-Tirschenreuth: info@die-linke-wen-new-tir.de	Im Februar 2009 stellte DIE LINKE eine Eingabe für ein regionales Sozialticket zum Juli 2009. Laut Antrag der LINKEN sollte dieses „Nordoberpfalz Ticket“ für Erwachsene max. 15,- € und für Kinder max. 10,- € im Monat kosten.
Bundesland Hessen	Initiative	HE		DIE LINKE in Hessen: kontakt@die-linke-hessen.de, m.schott@ltg.hessen.de	Im Oktober 2008 stellte DIE LINKE im Hessischen Landtag eine Anfrage bzgl. der kommunalen Ausbreitung und Ausprägung von Sozialtickets in Hessen. Der hessische Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung konnte keine konkrete Antwort geben und verwies auf die Zuständigkeit der kommunalen Sozialämter bzw. Spitzenverbände. Im Dezember 2008 forderte DIE LINKE die „HessenCard“ - ein hessenweites Sozialticket. Marjana Schott (sozialpolitische Sprecherin DIE LINKE im Hessischen Landtag): „Die Ankündigungen, die Preise für die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zum neuen Jahr anzuheben, unterstreicht die Notwendigkeit, ein hessenweites Sozialticket (HessenCard) einzuführen.“

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Bundesland Sachsen	Bündnis „Mobil in Sachsen“			Ute Bortlik Grüne Liga Dresden, Oberes Elbtal e. V., Tel.: 0 179 - 32 6 27 43, www.mobil-in-sachsen.de , Sozialticket-dresden@grueneliga.de , Petra Weißfuß Bürgerinitiative „Leipzig hat ein Sozialticket“ Tel./Fax: 0341 - 411 64 24, P.weissfuss@t-online.de , Ronny Hausdorf Pro Bahn e. V. Tel. 0162 - 79 90 982, ronny.hausdorf@gmx.de	Die Initiative besteht aus Gewerkschaften, Parteien und verschiedenen lokalen Bündnissen. Bis Februar 2009 hatten Landespartei der Grünen, LINKEN und SPD die Einführung eines landesweiten Sozialtickets in Sachsen beschlossen. Seit Februar 2009 läuft eine Unterschriftensammlung. U.a. beteiligt sich der DGB an der Aktion unter dem Motto: „Wer an der Gesellschaft teilhaben will, muss auch hinkommen können!“ Die Initiative ruft zur Gründung von kommunalen Initiativen auf. Die sachsenweite Initiative fordert die Einführung von Sozialtickets auf regionaler und kommunaler Ebene – finanziert durch den Freistaat Sachsen. Am 24.4.2010 hatten SPD, DIE LINKE und Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen gemeinsamen Antrag zur Einführung eines Mobilitätstickets im Landesparlament eingereicht. Die Forderung wird mit Hinweis auf die Erfahrungen mit Sozialtickets in Leipzig und Brandenburg untermauert. Im April 2009 forderte der Jugendverband der Grünen „Grüne Jugend Saar“ ein bezahlbares, saarlandweites Sozialticket. DIE LINKE hat 2010 eine Kampagne für einen Sozialpass begonnen, der eine mindestens 50%ige Reduzierung der Monatskarten für den ÖPNV beinhaltet. In zahlreichen Landkreisen und Gemeinden sind parlamentarische Initiativen angestoßen worden. Im Oktober brachte DIE LINKE einen entsprechenden Antrag in die Regionalversammlung ein.
Bundesland Saarland	Kampagne „Sozialpass Jetzt“	SL		DIE LINKE Saarland: info@dielinke-regionalverband.de , info@dielinke-saar.de , Dagmar Trenz: dagmar.trenz@dielinke-saar.de	
Mitteldeut. Verkehrsverbund (MDV) (Sachsen, S.-Anhalt, Thüringen; u.a. die Landkr. Merseburg-Querfurt, Burgenlandkr., Weißenfels, Leipz. Land, Muldentalkr., Torgau-Oschatz, Altenburger L., Saalekr. sow. Leipzig und Halle)	Initiative	SN, SA, TH		DIE LINKE Sachsen-Anhalt, Uwe Heft: uwe.heft@dielinke.it.sachsen-anhalt.de	Auf Anregung des Vertreters der LINKEN im Mitteldeutschen Verkehrsverbund (MDV), Uwe Heft, wurde die Geschäftsführung des MDV im Dezember 2007 beauftragt, die Einführung eines Sozialtickets im Verkehrsverbund zu prüfen. Ein Prüfungsergebnis liegt noch nicht vor.

Gebietskörperschaft	Status	Bundesland	Personenkreis	Kontakt/AnsprechpartnerInnen	Bemerkungen
Nordhessischer Verkehrsverbund (NVV)	Initiative	HE	Laut DGB: arme Menschen in der Region - ALG II-BezieherInnen, Werk tätige mit Anspruch auf Wohn- und Heizkostenzuschuss sowie RentnerInnen in der Grundsicherung	DIE LINKE Hessen: info@linke-kassel.de, DGB: kassel@dgb.de	Der DGB Nordhessen fordert ein Sozialticket im NVV für ca. 15,70 € im Monat (alter Satz des ALG II für die Nutzung des ÖPNV). Seit 2009 gibt es innerhalb des NVV das „Diakonieticket“, das ca. 22% Ermäßigung auf eine Monatskarte mitbringt. Dass dieses „Diakonieticket“ über die Stadt Kassel hinaus im NVV genutzt werden kann, ist kaum bekannt.
Verkehrsverbund Mittelthüringen (VMT) (Weimar, Erfurt, Jena, Apolda und Umgebung)	Voraus-sichtlich ab Ende 2010	TH			Die Initiative ist u.a. von den Jusos ausgegangen, die 50% Ermäßigung forderten. Januar 2009 kündigten die Oberbürgermeister der Städte Erfurt, Weimar und Jena (alle SPD) ein einheitliches Sozialticket im VMT bis 2010 an. Das Sozialticket soll bis zu 50% preiswerter als eine reguläre Monatskarte sein. Die anfallenden Kosten sollen im Wesentlichen die Kommunen tragen – die Initiatoren gehen von bis zu 1 Mio. € pro Jahr aus.
Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) (21 Städte, 5 Kreise)	ab Juni 2011	NW		info@nrwspd.de, info@gruene-nrw.de, lgs@dielinke-nrw.de, Stefan.Pfeifer@dgb.de	Nach einer längeren Auseinandersetzung wird das Sozialticket für den VRR ab 6.2011 eingeführt. Mit 30 Mio. € aus Landesmitteln wird das Projekt vorerst bezuschusst.

UMSONSTFAHRINITIATIVEN in der Bundesrepublik

Ort	Kontakt	Aktionen	Forderungen
Berlin	www.berlin-faehrt-frei.de , info@berlin-faehrt-frei.de , www.umkehr.de/Bahn-und-OPNV/Nulltarif.html , info@umkehr.de	Initiative für einen solidarisch finanzierten ÖPNV zum Nulltarif gegründet 2010, diverse Infoveranstaltungen und Aktionen; 12.10.2010, globaler Climate-Justice Action Aktionstag Es haben in der Mobilisierung zum UN Klimagipfel in Kopenhagen 2009 zwei Bremer Umsonstfahrten stattgefunden.	„Kampagne für eine solidarisch finanzierte, unentgeltliche Nutzung des ÖPNV für Alle! Unser Ziel ist, dass Berlin die erste Großstadt Europas mit einer ökologischen zukunftsweisenden und sozial gerechten Verkehrspolitik!“ „Der ÖPNV soll komplett umsonst sein. Der Auto- und Flugverkehr sind wesentliche Verursacher des Klimawandels. Schon allein aus ökologischen Gründen sollte es einen Umstieg und einen Ausbau des ÖPNV und des Fernverkehrs geben. Hinzu kommt ein sozialer Gedanke: Leute müssen sich den Nahverkehr leisten und nach ihren Bedürfnissen benutzen können.“
Bremen	www.klimaplenum-bremen.blogspot.com/		Das Projekt „Nulltarif ÖPNV Darmstadt“ ist bei IDVA eins der Modellprojekte, um alternative Verkehrssysteme auszuloten.
Darmstadt	IVDA e. V., Greinstraße 48, 64291 Darmstadt, www.ivda.de	Verein existiert seit 2001, um alternative Verkehrssysteme auszuloten. Hinsichtlich des Projekts „Nulltarif ÖPNV Darmstadt“ wurde eine Kosten-Nutzen-Untersuchung angefertigt. Die Finanzierung soll sichergestellt werden.	
Düsseldorf	http://www.mittwochsfruehstueck.de/sozial.html	Um der Forderung nach einem Sozialticket und perspektivisch einem kostenfreien ÖPNV Nachdruck zu verleihen, wird seit August 2009 die Rote-Punkt-Aktion „Freifahrt“ veranstaltet. Jede Besitzerin eines VRR-„Ticket 2000“ bzw. eines „Ticket 1000“, Semesterticket oder Barenticket kann an Werktagen nach 19 Uhr, am Wochenende und an Feiertagen ganztägig eine Person kostenlos mitfahren lassen.	Bis zur Einführung eines Sozialtickets gilt: Mitfahrt zum Nulltarif auf „Ticket 2000“, „Ticket 1000“, Semester- oder Barenticket!
Frankfurt/M.	Initiative „Voll genervte Fahrgäste“ (autonome AktivistInnen)	Fahrkartenautomaten wurden mit Aufklebern beklebt, „Automat ist gestört. Bitte kein Geld einwerfen!“ und mit Pateklexer die Münzschlitze verklebt.	Der „ÖPNV Umsonst“ soll durch „Sponsoren aus dem Bankensektor“ finanziert werden
Freiburg	linke liste solidarische Stadt www.lisst.de , lisst-freiburg@web.de	Flugblattaktion anlässlich 40 Jahre Freiburger Proteste gegen Fahrpreiserhöhung	
Greifswald	greifswald.linke-sds.org/spip.php?article36	Pressemitteilung 2009	Kostenloser ÖPNV statt Semesterticket!
Hamburg	Kampagne getragen von Bildungsgemeinschaft SALZ, Avanti-Projekt, undogmatische Linke, Gruppen des Hamburger Klimaplenums, hvvumsonst@riseup.net , hamburg@avantiprojekt.de , adisorder@riseup.net	2009 wurde ein HVV-Linienschiff in Piratenkostümen bei einer angekündigten „Schwarzfahr“-Aktion „geentert“. Am 4.12.2010 fand eine Aktionskonferenz mit dem Titel „HVV umsonst“ statt. Infos zu Aktionen, Texten, Treffen unter: http://hvvumsonst.blogspot.de/	„Freie Fahrt für Alle: HVV umsonst!“

Ort	Kontakt	Aktionen	Forderungen
Tübingen	ZAK: zak@zak-tuebingen.org	<p>Viele Aktionen in den Jahren 2008-2010, u.a. wurde bei der Mayday-Parade 2008 ein Stadtbus angemietet; es gab Umsonstfahrten, Diskussionsveranstaltungen usw.</p> <p>Die Stadt Tübingen hat in der Vorweihnachtszeit 2009 einige „Umsonstfahrten“ als Ausgleich zu Straßenbehinderungen in der Innenstadt an den verkaufsoffenen Samstagen angeboten.</p> <p>Die Gruppe hat im Jahr 2007 zum Thema gearbeitet, derzeitiger Status etwas unklar (ob Reaktivierung oder nicht)</p>	<p>Im Frühjahr 2008 veröffentlichten ZAG den Vorschlag für eine Kampagne „TüBus umsonst – Nulltarif im Stadtverkehr!“ und luden umwelt- und verkehrspolitische Gruppen, soziale Initiativen, linke Gruppen und Einzelpersonen dazu ein. ZAK hat im Dezember 2010 eine Broschüre unter dem Titel: „TüBus umsonst. Das Grundrecht auf Mobilität in Zeiten von Krise und Klimawandel“ herausgebracht. Download und Bestellung: http://www.zak-tuebingen.org/</p>
Kampagne ÖPNV umsonst!	Grüne Jugend: http://www.gruenejugend.de/presse/381845.html		

